

Bezugspreis. Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 15. September 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einfache Nonpareille 10 Pfennig, Restameile 5 - Reichsmark...

Einsetzen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Neuer Faschistenterror. Einbruch im Parteihaus zu Rom.

Lugano, 12. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die Formel für die Beurteilung der Anschläge gegen seine Person hat Mussolini selbst geliefert, als er - als junger Mann und Sozialist - die Attentate als „die Betriebsunfälle der Monarchen“ bezeichnete...

Eine ethische Bewertung des Attentats ist für uns als Sozialisten überflüssig. Wir mißbilligen die Gewalttat und gründen unsere Opposition gegen den Faschismus gerade darauf, daß er ein Regime der Gewalttat über das Land verhängt hat...

Sie schließt sich an eine Periode sehr verschärfter Reaktion an und bietet einen willkommenen Vorwand zu weiterer Verschärfung. Sie spielt mitten in eine Phase systematischer und bestiger Hege gegen Frankreich und wird als Anlaß verschärfter Hege benutzt.

Die Faschistenblätter krochen von Drohungen gegen Frankreich, dem sogar ein römischer Morgenblatt vom 12. d. M. vorwirft, die italienischen Emigranten zu beherbergen...

Weiter soll die Welle der Attentatsentzündung die längst vorbereitete Wiedereinführung der Todesstrafe endlich in den Hosen tragen. Das römische Verbot Mussolinis, das sich eine italienische Weltbeherrschung nur unter dem Banner der Todesstrafe für politische Gegner vorstellen kann...

Der Ertrag wird also sein: Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich und neue reaktionäre Maßnahmen, besonders die längst beschlossene Einführung der Todesstrafe, für die bisher der auslösende Vorwand fehlte...

Was an Repressionen in der Provinz geschehen ist, wissen wir nicht und werden es kaum erfahren.

In Rom sind in den Stadtteilen der Peripherie viele Arbeiter mit Stöcken geschlagen worden. Die Redaktionen der Oppositionsblätter waren gut bewacht, so daß ihnen nichts zuglief...

Die Angestellten des Parteivorstandes stellten schließlich fest, daß diese - die elite - Invasion der Lokale des Parteivorstandes und der „Giustizia“ die unschädlichste von allen war...

Durch eine merkwürdige Ideenverbindung will man jetzt die emigrierten Faschisten Cesare Rossi und Carlo Bazzi als Mandanten des Attentats ansehen. Darum hat man einen Freund dieser Herren, den früheren Sozialisten und späteren Faschisten Attilio Sassi in seiner Villa aufgesucht...

die Wohnung geplündert. Man weiß von Cesare Rossi aus der alten Zeit der Waffenbrüderschaft, daß er sich gut darauf versteht, Verbrechen zu organisieren...

Die Massenverhaftungen

haben schon angefangen. Natürlich nimmt man an, daß der Attentäter Mitschuldige gehabt hat. Die einen haben ihn mit zwei Männern gefangen, die anderen mit zwei Frauen, wieder andere wollen ein gelbes Auto bemerkt haben.

So gehen wir einer verschärften Hege gegen die Opposition aller Schattierungen entgegen. Ein Faschistenblatt verkündet, daß nunmehr auch die Opposition lernen müsse, „gefährlich zu leben“.

Der Faschismus bedrängt Frankreich.

Vergebliche Hege gegen den „Corr. degli Italiani“.

Paris, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter kommentieren heute ausführlich die Besprechungen, die der französische Außenminister Briand mit dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi und dem italienischen Delegierten beim Völkerbund in Genf gehabt hatte...

Wirtschaftler Avezzano bei Poincaré.

Paris, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter kommentieren lebhaft die Aussprache Briand-Grandi. Ziemlich übereinstimmend kommen sie aber auf Grund der hier eingetroffenen italienischen Blätter zum Schluß, daß die Angriffe gegen Frankreich dort nicht eingestellt worden sind...

Ministerpräsident Poincaré, der in Abwesenheit Briands das Ministerium des Auswärtigen leitet, hat eine lange Besprechung mit dem italienischen Wirtschaftler Avezzano gehabt. Einstimmig sind hier die Blätter, selbst die der Rechten, die bisher mit der faschistischen Diktatur liebäugelten, der Ansicht, daß Frankreich, falls die Angriffe der italienischen Presse andauern...

Gewerkschaftliche Lohnpolitik.

Ihre soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung.

Von Fritz Larnow.

Der gewerkschaftliche Lohnkampf geht um kein begrenztes Ziel. Die Verbesserung der Lebenshaltung der Lohnarbeitenden Massen ist eine immerwährende Forderung, die durch keinen, wie immer gearteten Erfolg befriedigt werden kann...

Daß dies Schicksal, zumal in der Nachkriegszeit, nicht gerade glimpflich mit der Arbeiterschaft verfährt, ist ja nicht zu bestreiten. Die vermehrte Unsicherheit der Existenz wird verschärft durch eine absolut unzulängliche Lebenshaltung selbst bei voller Arbeit...

So ungefähr äußert sich die volkswirtschaftliche Weisheit, die uns in den letzten Jahren, abwehrend und ermahnend, bis zum Ueberdruß vorgelegt wird. Die Lohnpolitik erscheint dabei als ein Verteilungsproblem und die zu verteilende Gütermenge als eine gegebene Größe...

Zunächst ist man geneigt, im Lohnkonto der Wirtschaft nur einen Kostenfaktor der Produktion zu sehen, und insofern scheint tatsächlich ein allgemeines Interesse vorzuliegen, es ebenso wie die Kosten der Rohstoffe und der anderen Produktionsmittel möglichst niedrig zu halten...

Wenn die Industrialisierung so weit gediehen ist wie in Deutschland und wenn außerdem diejenige Kaufkraft, die aus Kapitalbesitz und Renten kommt, so weitgehend vernichtet worden ist wie bei uns durch die Inflation...

Man hat sich zwar in Deutschland lange Zeit mit der Hoffnung getröstet, daß nach der Wiederherstellung normaler weltwirtschaftlicher Handelsbeziehungen auf dem Exportwege jeder Ueberschuß unserer heimischen Produktion abgesetzt werden könne...

Das gilt nicht nur für den Augenblick, sondern überhaupt für die wirtschaftliche Entwicklung, auch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die unumgekehrte Steigerung der produktiven Kräfte ist ein Naturgesetz der Wirtschaft...

Entwicklung an den Konsumstandard der breiten Massen gekettet.

Man sollte meinen, daß auch in den Köpfen der Kapitalisten die Logik dieser Zusammenhänge erkannt werden müßte. Aber das Gros, namentlich der deutschen Unternehmerschaft, ist aus sozialer Borniertheit viel zu sehr mit Blindheit geschlagen, um sich gegen eine solche Einsicht nicht mit Händen und Füßen zu wehren. Es kennt keine andere Wirtschaftspolitik, als jede Gelegenheit — und in der Krise scheint sie ihnen besonders günstig — zur Kürzung der Löhne zu benutzen. Nun ist aber doch nicht zu verkennen, daß auch allmählich in den Reihen des Unternehmertums schon Stimmen laut werden, die auf diese Zusammenhänge hinweisen und ein Haar in der Lohnpolitik alten Systems finden. Es ist auch ganz natürlich, daß zunächst aus den fortgeschrittensten Industrieländern und hier wieder bei den industriell am weitesten fortgeschrittenen Unternehmern diese Erkenntnisse zuerst ausbämmern. So findet die sensationelle Rede des Generaldirektors Silberberg auf der letzten Tagung der Industriellen eine psychologische Erklärung. Noch deutlicher in diesem Zusammenhang sind die Ausführungen amerikanischer Wirtschaftsführer, wie Ford und Gilene.

Man darf gewiß die praktische Bedeutung solcher einzelnen Unternehmerstimmen nicht überschätzen und wir wären Toren, wenn wir unsere Hoffnung darauf bauen wollten, daß das Unternehmertum selbst zu anderen lohnpolitischen Einsichten kommt. Sie sind uns nur ein Beweis dafür, wie stark unser gewerkschaftlicher Lohnkampf durch die Notwendigkeiten der Wirtschaft selbst fundiert ist. So paradox es klingt, aber die Kapitalisten müßten zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung ihrer eigenen Wirtschaft die Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Lohnkampf erfinden, wenn sie nicht aus dem sozialen Drang der Arbeiterschaft selbst heraus notwendigerweise hätten entstehen müssen. Vielleicht kommt nun jemand auf den Einfall, daß die Gewerkschaften den Kampf um höhere Löhne und um die Verbesserung der Lebenshaltung einstellen müßten, wenn schon Leute wie Ford aus Gründen der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft die volkswirtschaftliche Notwendigkeit anerkennen, diesen Forderungen gerecht zu werden — doch über solche Doktrinen ist die Gewerkschaftsbewegung längst hinausgewachsen.

Stresemann setzt sich zur Wehr.

Gegen deutsch-nationale Hez.

Die deutsch-nationale Presse hat eine besondere Methode erfunden, um die deutsche Außenpolitik zu diskreditieren. Sie berichtet über angebliche vertrauliche Gespräche Stresmanns mit Briand, in denen Briand die herrlichsten Zugeständnisse gemacht haben soll. Kommt dann das unvermeidliche Dementi, so erklärt sie, schadenstrotzend, nun sei die große Enttäuschung da, mit der Vocarnopolitik sei es eben nicht.

Gegen diese Methode wendet sich die „Tägliche Rundschau“ in einem zweifellos offiziellen Artikel, der sich zum Schluß gegen das Blatt des Grafen Westarp, die „Kreuzzeitung“ wendet und auseinandersetzt, so schnell gehe es eben nicht, es sei schon ein Fortschritt, wenn für Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg die Atmosphäre geschaffen werde. Zum Schluß wird gesagt:

„Ist es nicht in der Tat ein verwerfliches Beginnen, wenn diese Atmosphäre wieder durch allerhand Nachrichten und Intrigen vergiftet wird? Wenn die „Kreuzzeitung“ einmal so gut sein will, über eine aufrichtige Beantwortung dieser Fragen nachzudenken, so wird sie sicherlich ebenso wie wir zu der Auffassung gelangen, daß der französische Außenminister völlig recht hat, wenn er darauf hinweist, daß durch die unaufhörliche Hez gegen die in Geschäftigen Staatsmänner nichts gewonnen, wohl aber unendlich viel verdorben werden kann.“

Das Marginal.

Von Friedrich Eisenzahn.

Wer es vorher noch nicht gewußt haben sollte, weiß seit der Veröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amtes, was ein Marginal ist. Die Randbemerkung eines bedeutenden oder zum mindesten sich wichtig fühlenden Mannes zu einem ihm vorliegenden Text. Das schnell fixierte Gedankenprotogramm, der Gehirnblick, der Sekundenpalm im Schädel, durch den man bessere Einsicht bekommt als durch eine Thronrede, ein Interview oder ein fünf-bändiges Werk. Ein Marginal, das ist die Explosion des Innersten, des unkontrollierten, nicht postierenden Eigentlichen. Ein Marginal ist, wenn ein König an den Rand einer Urteilsausfertigung schreibt: Diese Schelme von Richtern sollte man hängen. Oder, wenn Wilhelm, der Flächling, den Bericht eines Gesandten, der vor ernsten Folgen kaiserlicher Politik warnt, mit einer mannhaften Hieroglyphe erledigt: Quatsch.

Aus Offenbarungen solcher Kalibers haben auch die, denen bisher das Marginal unbekannt war, es ausreichend kennengelernt. Es ist alles in allem eine nützliche Einrichtung, ein selbstgeschriebener Seelenkredit. Zeige mir einige deiner kleinen Marginalien und ich werde dir sagen, wer du bist.

Dies zuvor. Und zwar, weil im Lesesaal der Preussischen Staatsbibliothek zu Berlin die berühmte Geschichte der Kriegskunst von Hans Delbrück steht und darin auf Seite 8 des ersten Bandes das Musterexemplar eines Marginals zu finden ist: „Na, na! Das ist nicht richtig, mein Lieber.“

Ordentliche Leute und solche, denen die Lesordnung öffentlicher Bibliotheken bekannt ist, werden sich wundern, daß die Bücher der Staatsbibliothek Randbemerkungen tragen. Diese Gedanken unterschätzen die geistige Produktivität unserer Studenten und Gelehrten. Die Staatsbibliothek ist sogar sehr reich an Marginalien, auch an kurzen und kernigen Inschriften. An den Wänden der Telefonzelle und der kleinen Geheimkammer kann man mancherlei lesen: Juden raus; Rathenau-Judenjau; Alma Pokel, Straße 27, Hof IV Tr. 5 Mark. Siegelringe der Intelligenz.

Was nun jenes Marginal im Delbrück betrifft, so ist es mit einer steilen, energiegeladen, klirrenden Handschrift auf den Papierrand gesetzt. Man spürt den Funken, den Föhnwind, das Monotel, die zerhackte Wade. Der Text aber, gegen den es spricht, lautet: „Nach in neueren wissenschaftlichen Darstellungen des Freiheitskrieges findet man, daß in dem Treffen von Hagenberg die märkischen Landwehren 4000 Franzosen mit dem Kolben die Schädel eingeschlagen haben. In Wirklichkeit waren es etwa 30.“

Nur 30 Franzosenschädel wurden eingeschlagen statt 4000. Man sieht, wie der junge Märker, der es liest, sich aufbäumt, wie er überlegen lächelt und dem alten Professor auf die Schultern klopf: Haben ja keine Ahnung, mein Lieber; wissen wir besser, 4000 Schädel waren's. Unter 4000 fangen wir Märker überhaupt nicht an.

Die deutsch-nationale Presse hat nun, wenn sie will, wieder ein sehr schönes Thema: „Der deutsche Außenminister stellt sich im Kampf gegen die nationale Presse auf die Seite des Erbfeindes.“

Als Vorspiel zum beabsichtigten Eintritt der Deutsch-nationalen in die Regierung sind solche Diskussionen recht heiter.

Der Prozeß gegen die KPD.-Zentrale.

Rettung durch den Oberreichsanwalt.

Die KPD. ist in schwerer Not, jetzt naht ihr ein Retter. Er kommt freilich nicht aus ihren eigenen Reihen und auch nicht von Moskau, sondern aus Leipzig. Es ist der Oberreichsanwalt!

Seit drei Jahren hat der Oberreichsanwalt über der Zentrale der KPD. das Damoklesschwert eines Ministerprozesses aufgehängt. Sie soll im Instationsjahr 1923 sämtliche gemeinen und politischen Verbrechen, die sich nur ausdenken lassen, begangen haben. Jetzt schickt der Oberreichsanwalt sich an, das Schwert herunterzulassen zu lassen. Aber dieses Schwert wird die KPD. nicht töten. Die Sympathie, die das Proletariat instinktiv allen politisch Verfolgten entgegenbringt, kann vielleicht den sonst unaushaltbaren Rückgang der KPD. zum Stehen bringen.

Der neue Oberreichsanwalt, Herr Dr. Werner, hat diesen „Zentrale-Prozeß“ als Erbschaft von Herrn Dr. Ebermeyer übernommen. Vor den Parlamentarierferien war in Aussicht genommen, den Prozeß im Oktober über die Bühne gehen zu lassen, trotzdem der Reichstag eine Warnungstafel aufgerichtet hatte. Der Oberreichsanwalt hatte nämlich vom Reichstag verlangt, die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Stoecker, Koenen, Kemmele, Heckert und Pfeiffer, die 1923 der KPD-Zentrale angehörten, verhaften zu dürfen. Das hatte der Reichstag abgelehnt, obgleich der Oberreichsanwalt die Verhaftung der Abgeordneten als Voraussetzung für die Durchführung des Prozesses hingestellt hatte.

Die Sache hatte im Reichstag schon eine Vorgeschichte gehabt. Der kurze Zwischenreichstag von 1924 hatte einen kommunistischen Antrag abgelehnt, die damals in Haft genommenen Zentralemitglieder Pfeiffer und Heckert, die während ihrer Haft ins Parlament gewählt worden waren, aus der Haft zu entlassen. Ihre Zugehörigkeit zur Zentrale war das Hauptbelastungsmoment gegen sie. Vergebens hatten die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission und im Plenum darauf hingewiesen, daß der Oktoberputsch 1923 unter Beiseiteschiebung der KPD-Zentrale von unverantwortlichen „Turkistanern“ inszeniert worden ist und daß der Oberreichsanwalt die übrigen, dem Reichstag angehörigen Zentralemitglieder ungeschoren lasse. Diese Argumente veranlaßten ein Jahr später den neuen Reichstag, dem wiederholten Haftentlassungsantrag stattzugeben. Heckert und Pfeiffer wurden freigelassen. Nun glaubte der Herr Oberreichsanwalt offenbar, mit einem Gegenschlag antworten zu müssen. Er stellte jetzt den Antrag, nicht nur Heckert und Pfeiffer wieder zu verhaften, sondern auch noch Stoecker, Koenen und Kemmele dazu. Aber selbst stundenlange Beratungen des Herrn Reichsanwalts Reumann vermodete im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags dieses Ziel nicht zu erreichen. Der Antrag wurde abgelehnt. Im Plenum wurde dem Beschluß des Ausschusses ohne jede Erörterung zugestimmt.

Aus der Debatte im Ausschuß hätte der Herr Oberreichsanwalt lernen können. Nicht nur die Vertreter der Linken und der Mitte, sondern auch Vertreter der Rechten fanden es befremdend, daß der Oberreichsanwalt 1926 noch die Buntversuche der Kommunisten aus dem Instationsjahr 1923 vor das Forum des Reichsgerichts ziehen will. Nicht minder befremdend fand man die Einseitigkeit des Vorgehens, da doch

die Rechtsradikalen zur gleichen Zeit gepufft haben. Diese beiden Argumente müssen natürlich in der Öffentlichkeit noch weit stärker wirken und der KPD-Zentrale bei dem Prozeß von vornherein große Sympathien sichern. Dazu kommt noch, daß der Oberreichsanwalt in seinem Ueberreifer die Falchen erwischt hat und zuviel beweisen will. Die KPD-Zentrale wird deshalb billige Triumphe feiern können. Der Prozeß wird, wie jeder politische Tendenzprozeß, für die Betroffenen ein wahres Gottesgeschenk sein.

Fortschritte auf den Juristentagen.

Einschließung als besondere Strafart gefordert.

Köln, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) In der öffentlichen rechtlichen Abteilung des Juristentages wurde hinsichtlich der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse folgende Resolution Alsborg-Jacobi angenommen: „Eine Abänderung der Bestimmungen über parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die auf eine prinzipielle Einschränkung oder Zurückdrängung der Tätigkeit der Ausschüsse hinzielen, empfiehlt sich nicht. Dagegen empfiehlt es sich, in gesetzgeberischer Erwägung darüber einzutreten, ob und wie zwecks reibungsloser Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse ihr Verfahren wie besonders Verteidigungspflicht, das Recht auf Aktenvorlage, die Stellung des Vorsitzenden u. a. gesetzlich zu regeln ist.“ Abgelehnt wurde dagegen die Resolution Estein-Singheimer-Schüding mit 42 gegen 35 Stimmen, die besagte, daß die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse geeignet seien, das Mißtrauen gegen die Justiz zu beseitigen.

Außerst angeregte Debatten entstanden in der strafrechtlichen Abteilung bei Erörterung der Frage, ob an Stelle von Zuchthaus oder Gefängnis Einschließung treten soll, wenn der Täter sich zu der Tat aus Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Ueberzeugung für verpflichtet fühlt. Das Referat des Genossen Prof. Dr. Radbruch, glänzend in Form und geistvoll im Inhalt, wurde mit großem Beifall aufgenommen, obgleich, wie es sich später zeigte, der übergroße Teil der Versammlung mit seinen Gedankengängen nicht einverstanden war. Diese gipfelten in folgenden Leitsätzen: „Der Ueberzeugungsvorbereiter stellt einen kriminalpsychologischen Sonderstypus dar, dem besondere kriminalpolitische Aufgaben entsprechen. Es empfiehlt sich daher nicht, die Sonderbehandlung des Ueberzeugungsvorbereiters dem Strafvollzug zu überlassen. Dagegen empfiehlt es sich nicht, die strafgerichtliche Sonderbehandlung des Ueberzeugungsvorbereiters in Form der Berücksichtigung der nicht christlichen Gesinnung, des achtungswerten Beweggrundes oder sonst irgendwie nur durch ein Werturteil bezeichnende Motive zu stellen. Auf den Ueberzeugungsvorbereiter findet statt anderer Freiheitsstrafen Einschließung von gleicher Dauer Anwendung. Von der Anordnung der Einschließung sind aber gewisse Straftaten ausgenommen, insbesondere der Mord. Ferner muß sichergestellt werden, daß auf die Ueberzeugungsvorbereiter die Sicherungsverwahrung keine Anwendung findet.“

Diesen Leitsätzen gegenüber behauptete der Berichterstatter Prof. Dr. Rohlf, daß die Anerkennung des Ueberzeugungsvorbereiters als eines kriminalpsychologischen Sonderstypus zur Folge haben werde, daß der Ueberzeugungsvorbereiter für die Dauer seiner Ueberzeugung unschädlich gemacht würde, was völlig unannehmbar erseheine. Die Ueberzeugung des Täters, durch eine rechtswidrige Handlung fremdes Wohl zu fördern, müßte eine schuldmitberührende Bedeutung haben. Außerdem müßte es heißen, „wenn die Handlung nicht aus einem eigenmächtigen Beweggrund, sondern in der Ueberzeugung begangen wurde, durch sie das Wohl des Staates oder der Gesellschaft zu fördern, muß auf Einschließung erkannt werden.“

Trotz der zahlreichen, äußerst rückschrittlichen Ansichten, die im Laufe der Verhandlungen geäußert worden waren, ergab die Abstimmung einen erfreulichen Sieg der fortschrittlichen Ober. So erklärte die Versammlung sich mit 32 Stimmen für die Einschließung als besondere Strafart. Dagegen lehnte sie ab, sie für alle Delikte gelten zu lassen. Sie soll nur für bestimmte Delikte Geltung haben, die nach der positiven Seite hin von dem Gesetzgeber formuliert werden sollen. Die Einschließung soll aber nicht nur auf politische Delikte beschränkt sein, sondern auch auf solche sittlichen oder religiöser Natur ausgedehnt werden. Ferner erklärte sich die Abteilung mit der Festlegung des Ueberzeugungsvorbereiters nach psychologischer Seite hin einverstanden.

Marginal — das ist freiwillige Offenbarung seiner selbst und seiner Gattung. Das Marginal im Delbrück photographiert solche Gattung, die abblitz, die exklusiv, die von und zu und henpflige. Die unbeherrschbare Gattung, die auch den Tatsachen nicht weichen und dem klaren Spruch der Zeit sich nicht beugen will. Diese Gattung broucht, daß der Pökel an sie glaube, an ihre gewaltigen Taten, an ihre Unsterblichkeit. 4000 Schädel müssen es sein und nicht ein Dreck von 30.

Wozu Forschung, wozu entgottende Wahrheit, wozu Geschichte, wenn Kaiser und Thron auf der Legende gegründet sind? Vorzüglich, was das niedere Volk betrifft: in die Schullehrbücher gehört nicht, daß der erste Friedrich Wilhelm auf ungelente Kammerdiener aus Pistolen mit Salz geschossen hat, daß er sich aber zugleich einen „wahren Republikaner“ nannte. Gehört nicht, daß der zweite Friedrich als Kronprinz an Grundtomb, seinen Betrauten, schrieb: „Jetzt studiere ich Komplimente für Bayern und gehe zu diesem Zweck auf Me Soujagd! — wobei die Bayern keine Braut war.“ Gehört nicht, daß Alexander von Humboldt die Königin Luise genannt hat: „Außerst selbstständig, verschlagen und versteckt“ und Gneisenau: „Sie war nichts weniger als eine Mustermutter“. Dergleichen darf nicht zu lesen sein, es darf und kann auch nicht wahr sein. Dreißig Schädel, nur dreißig eingeschlagen. Unmöglich. Das ist mit gelehrtem Hofenboden erlesen. Viertausend Schädel, Franzosenschädel, mit dem Kolben eingeschlagen, von nur dreißig märkischen Junkern, von jedem Junker mehr als hundert Schädel, Franzosenschädel, eingeschlagen, zertrümmert — das verlangt schließlich der Ruhm der Nation.

Kleine Ursachen — große Wirkungen.

Die Weltwirtschaft von heute ist ein Organismus, der im engsten Zusammenhang steht, und eine Störung an einem Teil der Erde kann merkwürdige Folgen an ganz anderer Stelle hervorrufen. Das ist eine Tatsache, die wir alle nach dem Kriege deutlich zu spüren bekommen haben. Einige bezeichnende Beispiele, die die eigenartigen Zusammenhänge enthüllen, teilt Prof. Kahner nach einem Bericht der Washingtoner Handelskammer in der Leipziger „Multierten Zeitung“ mit. Im Jahre 1919 konnten die Russen aus Geldmangel keinen Tee in Indien kaufen; aus diesem Grunde konnten die Indier wieder keine Baumwollen aus England beziehen. Die Webereien in Manchester erlitten infolgedessen den schwersten Zusammenbruch seit 60 Jahren. Dadurch aber stieg der Bezug der Baumwolle aus den Vereinigten Staaten, und in dem Baumwollenbauenden Süden des Landes lant die Kaufkraft außerordentlich. In England und Nordamerika also zeigten sich schwere wirtschaftliche Krisen, weil die Russen keinen Tee trinken konnten. Ein anderes Beispiel: In einem Hafen von Ecuador wurde eine Schiffsladung Klaviere lange aufgehoben, weil die Käufer kein Geld zum Bezahlen hatten. Da erforderte ein Mann zu Omaha in den Vereinigten Staaten eine besondere Form von Eiscreme mit Schokoladenüberzug. Was hatten nun diese beiden Vorgänge miteinander zu tun? Sehr viel. Da der Creme eifrig gekauft wurde, bezog man viel Kakao aus Ecuador; die Leute dort bekamen Geld in die Hände und konnten Klaviere kaufen. Die Klavierfabrik setzte ihre ganze Schiffsladung

ab und erhielt neue Aufträge. Dadurch wurde eine große Menge von Klavierarbeitern beschäftigt, und für den Bau der Klaviere mußte Draht, Stahl, Holz usw. in großen Mengen bezogen werden. So verdienten viele Leute Geld, und eine ganze Industrie nahm einen Aufschwung, nur weil ein Mann in Omaha auf den Gedanken kam, den Eiscreme mit Schokolade zu überziehen. D.

„Figaros Hochzeit“ — als kommunistisches Propagandastück. Es ist schon vorgekommen, daß man zu alter Opernmusik einen neuen Text geschrieben hat. Das war besonders in Sowjetrußland der Fall, wo man, wie bekannt, aus „Tosca“ und den „Hugenotten“ kommunistische Opern gemacht hat, da, wie die Sowjetkritik behauptet, die „Ideologie des Textbuchs dem neuen proletarischen Empfinden in keiner Weise entspricht“. In diesem Sinne wurde auch feinerzeit Bizets „Carmen“ einer gründlichen Neubearbeitung unterzogen. Daß man aber die Musik einer klassischen Oper verwirft und zu einem alten Operntext eine neue Musik schreibt, wäre wohl ein ganz neuer Fall, der aber, ebenfalls in Rußland, Wirklichkeit geworden ist. Der künstlerische Rat der Moskauer Staatsoper hat den bisher kaum bekannten Komponisten Schaporin beauftragt, eine neue Musik zu dem Text von „Figaros Hochzeit“ zu schreiben, da Mozarts Musik für das moderne Empfinden unmöglich sei. Der Text dagegen ist nach der Meinung des künstlerischen Rats für kommunistische Propaganda sehr geeignet, da es sich dort um die Schilderung „artifizieller Willkür Hausangestellten gegenüber“ handelt.

Jugenderkennens. Man wird sich noch jener Bilder erinnern, die in verkehrstechnischer Phantasie zeigen, wie künftig der Potsdamer Platz in Berlin zahlreiche Ueberführungen aufweist, welche die sich kreuzenden Straßen miteinander verbinden. Aus Amerika kommen Nachrichten, wie man dieses Problem nicht mit einem technisch und durchführbaren Scherz glossiert, sondern wirklich löst. Die sich kreuzenden Straßen auf großen Plätzen werden durch breite Ueberführungen miteinander verbunden. Diese Ueberführungen haben bei den Straßenbahnhaltestellen eigene Ausgänge. Mehrfaches Ueberkreuzen befahrener Straßen ist also unmöglich. Die volle Straßenbreite, außer den nur noch dem Durchgangsverkehr dienenden Bürgersteigen, steht dem Kraftverkehr allein zur Verfügung. Die Anlagen sind natürlich sehr kostspielig, doch weist jede Großstadt mehrere Plätze auf, bei denen sie angebracht wäre und eine fühlbare Erleichterung des Verkehrs herbeiführen würde.

Rußland. Wolfgang Jeller, der Komponist der Musik zu dem Scherzstückchen Volke Reingers „Die Abenteuer des Prinzen Kämber“, dirigiert persönlich in beiden Vorstellungen im Gloria-Palast am Rütow und Donnerstag.

Rubio von Coben wird die Langmatineen der Volkshäuser am Sonntag, den 26. September mit einer Aufführung des Stückchen „Don Juan“ eröffnen. Das alte Ballett ist von ihm in die Form des modernen Tanzes übertragen worden. Das Orchester wird unter Leitung von Wolfgang Jeller stehen. Einlaßkarten für 1.30 RM sind noch in den Zahlstellen der Volkshäuser und an den Tischchen Theatertafeln erhältlich.

Besteuer Straßenbahnen in Moskau. Der Stadtrat von Moskau beschloß, 200 Straßenbahnen zu bestellen, die genau so angefertigt sind, wie der neue Typ, den die Berliner Straßenbahn voriges Jahr in Dienst stellte. Durch geschickte Raumausnutzung lassen diese Wagen mehr als die alten und wirken trotzdem in der Linienführung schöner. Den Auftrag erhält eine deutsche Firma.

Internationale gewerkschaftliche Werbewoche!

Parteigenossen und Gewerkschafter, tut eure Pflicht!

Kompromiß in Genf.

Welche Stimmzettel und Kassationsklausel.

V. Sch. Genf, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Sieg des Zweckantrags Loucheurs im Verfassungsausschuß hat eine nicht unbedenkliche Situation geschaffen. Die meisten kleinen Staaten fühlten sich wieder einmal vor den Kopf gestoßen. Sie erblickten nicht zu Unrecht in dem Antrag einen neuen Versuch, die Handlungsfreiheit der Versammlung zugunsten der Wiederwählbarkeit Polens zu beschränken. Manche sagten sich: „Indem man die weißen Stimmzettel zur Feststellung der Zweidrittelmehrheit nicht mitzählt, zwingt man uns ausdrücklich, mit Ja oder Nein zu stimmen. Wenn dem so ist — dann werden wir eben bei der Abstimmung über die Wiederwählbarkeit Polens mit Nein stimmen müssen.“

Bedenkt man, daß der Antrag mit 19 gegen 16 Stimmen angenommen worden war, also 14 Staaten — meist kleinere — bei der Abstimmung entweder absichtlich oder zufällig gefehlt haben, so ergab sich ein doppeltes: erstens war es durchaus denkbar, daß die Vollversammlung den Zusatzantrag Loucheur wieder umstoßen würde und zweitens würden Polens Aussichten ernsthaft gefährdet sein.

Zur Wiederwahl wären dann 33 Stimmen nötig, und nach der Stimmung der verärgerten kleinen Staaten zu urteilen, wäre es durchaus denkbar gewesen, daß Polen diese Zahl bei weitem nicht erreicht hätte.

Der schlaue Loucheur begriff sehr schnell, daß er mit seinem erfolgreichen Vorstoß den Polen eigentlich nur einen Bärendienst erwiesen hatte, und er bemühte sich gleich in der Mittagspause, die Dinge wieder einzurufen. Es galt, die kleinen Staaten durch eine sichtbare Konzession zu versöhnen.

Am Schluß der Vormittagssitzung hatte der Norweger Boog einen Zusatzantrag eingebracht, wonach die Vollversammlung jederzeit das Recht erhält, mit Zweidrittelmehrheit die sämtlichen nichtständigen Ratsmitglieder abzuwählen. Diese sogenannte „Kassationsklausel“, gewissermaßen das Recht der Versammlung zur jederzeitigen Auflösung des nichtständigen Teiles des Völkerbundesrates, ergibt sich aus dem Art. 4 des Völkerbundesstatuts. Die Klausel war auch in dem Entwurf der Studienkommission aus dem Monat Mai enthalten, jedoch im September wieder entfernt worden, um Spaniens und wohl auch Polens Empfindlichkeit zu schonen. Seitdem wurde es im unklaren gelassen, ob die „Kassationsklausel“ des Art. 4 des Völkerbundesstatuts noch gelte oder aufgehoben sei. Der norwegische Antrag verlangt, daß dies ausdrücklich als weiterbestehend hervorgehoben werde.

Durch eifrige Verhandlungen hinter den Kulissen mit den großen und den kleinen Staaten — auch Deutschland wurde selbstverständlich informiert — gelang es Loucheur, eine Verständigung herbeizuführen: der Norweger sollte darauf verzichten, die Frage der weißen Stimmzettel im Plenum wieder aufzurollen. Dafür würde man die „Kassationsklausel“ entsprechend dem norwegischen Wunsch schon in der Kommission wieder herstellen.

So geschah es auch. Die Nachmittagsitzung des Verfassungsausschusses verlief in ruhender Harmonie. Nacheinander traten Loucheur, Cecil, Scialoja warm für den norwegischen Antrag ein und appellierten an die Gefühle der Eintracht, damit nunmehr der Gesamtentwurf einstimmig angenommen werde; die Vertreter Schwedens und Norwegens antworteten in gleichem Sinne. Alle klachten sich gegenseitig lauten Beifall. Rotta wurde durch Zurück zum Berichterstatter für die Vollversammlung bestimmt und der Litauer Dikschkauskas, der als fanatischer Gegner Polens bekannt ist und noch am Vormittag entschiedenen Kampf angelegt hatte, erklärte, daß er auf aktive Opposition verzichte, und daß er sich lediglich vorbehalte, eine Erklärung im Plenum abzugeben.

Zum Schluß erfolgte noch ein Vorstoß des persischen Vertreters Prinz Afa im Sinne der Zuteilung von drei Ratsitzen an asiatische Staaten. Der Chinese trat Persien bei, wobei er deutlich zu verstehen gab, daß ihn dabei nur der chinesische Ratsitz interessiere, während der Japaner Wadai, ein sehr kleiner Mann mit Spitzbart und unbeweglichem Gesicht, versicherte, daß er den Appell Persiens mit „leidenschaftlicher Sympathie“ angehört hätte — wobei man ihm weder die Leidenschaft anmerkte noch die Sympathie glauben konnte. Denn er trat im gleichen Atemzuge dafür ein, daß man Rotta lediglich beauftrage, die rein platonische Resolution der Studienkommission, die von der Notwendigkeit „entsprechender Berücksichtigung Asiens und Afrikas im Rat“ spricht, vorzutragen. Demgemäß wurde auf Antrag Cecils beschlossen und damit waren die persischen Hoffnungen abgewürgt.

Am Mittwoch kommen nun die neuen Wahlbestimmungen für die nichtständigen Mitglieder endlich vor das Plenum, und wenn alles programmäßig verläuft, wird dieses selbige Thema fast debattelos erledigt werden. Gewählt dürfte jedoch erst am Donnerstags werden, weil die Besprechungen über die Kandidaten und die Wiederwählbarkeitsbewerber noch nicht abgeschlossen sind. Im allgemeinen steht die Liste schon fest: es sollen gewählt werden auf drei Jahre Polen, China und Chile; auf zwei Jahre Rumänien, Holland und Columbia (oder sonst ein latein-amerikanischer Staat); auf ein Jahr Belgien, Uruguay und ein weiterer Staat. Für diesen neunten Posten gibt es noch einige Bewerber, da Schweden und die Tschechoslowakei eine Wiederwahl endgültig abgelehnt haben; man spricht von Finnland, Kanada, Irland, Portugal usw. Das wird sich erst morgen entscheiden, aber zu einem Kampf um diesen neunten Sitz dürfte es nicht kommen.

Was die Wiederwählbarkeitskandidaturen betrifft, so steht bisher nur die Bewerbung Polens fest. England ist bisher bestrebt, daß nur ein einziger Staat die Wiederwählbarkeit beantragt, doch könnte man in dieser Hinsicht am morgigen Tage noch eine Ueberzeugung erleben, die man vom deutschen und speziell vom sozialdemokratischen Standpunkt durchaus würde begrüßen können.

Die Verständigung macht Fortschritte.

Briands Versöhnungsaktion.

Genf, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) In der schriftlichen Erklärung Briands, die dem Sonderkorrespondenten des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ übergeben worden war (sie ist im „Vorwärts“ vom 14. d. M. morgens abgedruckt), gibt dieser Sonderkorrespondent noch folgende Erläuterung:

In der vorsichtig gefaßten Erklärung sprach Briand u. a. auch von einer Regelung der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Probleme in ihrer Gesamtheit. Was bedeutet das? Es soll nach unferen Informationen nichts anderes heißen, als daß sowohl deutsche wie französische Sorgen behoben werden sollen. Diese Absicht läuft in bezug auf Deutschland darauf hinaus, daß Briand fest entschlossen ist, die vollständige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes nicht nur jetzt schon zur Diskussion zu stellen, sondern nach besten Kräften zu fördern und sobald wie möglich zu verwirklichen. Eine Herabsetzung der Besatzungsjiffern in den nächsten Wochen dürfte der Anfang einer großzügigen Aktion sein, deren Ziel es ist, die Verhältnisse in den besetzten Gebieten in Einklang mit dem Geist von Locarno und dem Sinn des Völkerbundes zu bringen. Seit die Verträge von Locarno mit ihrer Schiedsgerichtsbarkeit bei allen Konfliktsfällen in Kraft getreten sind, ist die Rheinlandbesetzung völlig unbegründet. Das ist die allgemeine Auffassung im Völkerbund, von der sich auch Briand bei seinen Absichten leiten läßt. Es widerspricht auf die Dauer einfach jeder gesunden Logik, trotz Locarno in dem Lande eines Vertragspartners noch endlos Truppen zu stationieren. Wer für Locarno war, muß auch für die Aufhebung der Besetzung im Rheinland sein.

Wir zweifeln nicht im geringsten an den guten Absichten Briands, verkennen aber auch nicht, daß seinen Plänen noch Hindernisse im Wege stehen. Sie sind schon aus rein technischen Gründen nicht von heute auf morgen zu verwirklichen, und es bedarf zu ihrer Durchführung zunächst der Klärung einer ganzen Reihe von Fragen, die bei einigem guten Willen auf beiden Seiten immerhin noch verhältnismäßig schnell zu erzielen ist. Janyewelt bleibend auch die Möglichkeit einer deutschen Hilfe bei der französischen Finanzsanierung in Frage kommt, soll vorläufig nicht weiter erörtert werden. Festzustellen ist aber, daß diese Finanzsanierung mit dem Reparationsproblem insofern zusammenhängt, als der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete den Franken mit in den Abgrund gerissen hat.

Alles in allen sind wir der Meinung, daß schon der entschlossene Wille auf französischer Seite, die ungesunden Verhältnisse im Rheinland in Gemeinshaft mit der deutschen Regierung zu beheben beider Länder begehren zu heben, der Anerkennung wert ist. Je schneller das geschieht, um so besser. Aber schließlich kommt es nicht auf einen Monat oder zwei an, wenn für das Rheinland die bestimmte Aussicht besteht, statt weiterer 10 Jahre nur noch einen geringen Teil dieses Zeitraums fremde Besetzung ertragen zu müssen. Die Früchte von Locarno beginnen zu reifen.

Kommissionskämpfe in Genf.

Um die Sicherung der Wiederwählbarkeit.

V. Sch. Genf, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollziehung der juristischen Kommission fand heute vormittag im überfüllten Sitzungssaal des Völkerbundesrates statt, um über die Modalitäten der Wiederwählbarkeit endgültig Beschluß zu fassen. Die Debatte war außerordentlich lebhaft, und der Vertreter Litauens machte mit deutscher Spitze gegen Polen einen Vorstoß gegen die schon jetzt zu erfolgende Wiederwählbarkeit von Staaten, die ihre Fähigkeit als Ratsmächte noch gar nicht bewiesen hätten.

Die Opposition der verärgerten kleinen Staaten ist inzwischen so stark geworden, daß Frankreich und England ernsthaft um die Durchführung der Vorschläge der Studienkommission besorgt sind und die Wiederwählbarkeitsaussichten durch Hineinbringung von Zwischenbestimmungen erhöhen möchten.

Loucheur nahm daher seinen in der Unterkommission glatt durchgefallenen Antrag wieder auf, daß bei der Feststellung der Zweidrittelmehrheit die abgegebenen weißen Stimmzettel nicht mitgezählt werden sollten. Darüber entstand nun eine längere Auseinandersetzung, in der namentlich der Vertreter Norwegens, Bogd, und der Hollands, Limburg, den Antrag Loucheur als unlogisch und sinnlos bekämpften. Bei der Abstimmung siegte jedoch der Antrag Loucheur mit 19 gegen 17 Stimmen, wobei der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Gaus, mit der Mehrheit stimmte. An sich war die Stellungnahme des deutschen Vertreters durchaus gerechtfertigt, nur ist es zu bedauern, daß er es unterließ, an der Debatte teilzunehmen und sein Votum zu begründen.

Er hätte darauf hinweisen können, daß die Ablehnung des Loucheurschen Antrages durch Deutschland keineswegs aus politischen Gründen bestehe, sondern lediglich aus Rechtsgründen, die in der deutschen Gesetzgebung ihr Vorbild haben: Bei der Feststellung von qualifizierten Mehrheiten in den deutschen Parlamenten werden ja bekanntlich die blauen Enthaltungs-

stimmzettel mitgezählt, und man konnte wirklich nicht vom deutschen Vertreter im Völkerbund erwarten, daß er sich aus rein politischen Zweckmäßigkeitsgründen in Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen des eigenen Landes stelle.

Nach dieser Abstimmung fand ein weiterer Vorstoß des schwedischen Delegierten und des Norwegers Bogd statt, die dafür eintraten, daß die Bestimmung, wonach die Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit jederzeit die gesamten nichtständigen Ratsmitglieder abberufen könne, ausdrücklich in die neuen Bestimmungen hineingenommen werden. Die Debatte und die Abstimmung über diesen Antrag wurden auf heute nachmittag vertagt. Allgemein herrscht in Völkerbundkreisen über die Entwicklung der Beratung der Studienkommission eine recht besorgte Stimmung wegen der Möglichkeit, daß die Opposition in diesem oder jenem Punkt einen wichtigen Erfolg erzielen und dadurch die gesamten Arbeiten der Studienkommission mit unabsehbaren politischen Folgen wieder umgestoßen werden können.

Kurze Vollversammlung.

Genf, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollversammlung des Völkerbundes beendete am Dienstag nachmittag in einer kurzen Sitzung die Generaldebatte über den Tätigkeitsbericht des Rates und Sekretariates. Zunächst wurde eine Entschließung von Lord Cecil-England einstimmig angenommen. Sie ersucht den Völkerbundrat, das eigentliche Tätigkeitsgebiet des Bundes durch eine besondere Kommission umgrenzen zu lassen. In der Generaldebatte dankte der bulgarische Außenminister für die schnelle Erledigung der Grenzzwischenfälle an der griechisch-bulgarischen Grenze durch den Rat und für die Flüchtlingsanleihe. Der holländische Delegierte widmete besonders den Arbeiten des Sachverständigenausschusses für die Vereinfachung des internationalen Rechtes Anerkennung. Ransen-Norwegen bezeichnete die Abrüstungsfrage als das wichtigste Problem. Er beschloß sich dann mit der Verjüngung der armenischen Flüchtlinge, die auf große Schwierigkeiten stößt.

Am Schluß der Sitzung wurde ein gemeinsamer Antrag Polens, Finnlands und Schwedens, zur Bekämpfung des Alkohols die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, an die zuständige Kommission überwiesen.

Deutsche Delegierte bei Briand.

Genf, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Reichstagsabgeordneter Genosse Breitscheid und der französische Außenminister Briand hatten heute eine dreiviertelstündige Unterredung. Mittags war Breitscheid bei dem französischen Delegierten Loucheur. Am Nachmittag suchte Reichstagsabg. Dr. Kaas ebenfalls Briand auf. Die Deutschen äußerten sich über das Ergebnis der vertraulichen Unterredung sehr befriedigt.

Der Reichsaussenminister empfing am Dienstag nachmittag die englischen Pressevertreter und vermaß dabei anlässlich der Hinterlegung der Verträge von Locarno im Völkerbundessekretariat auf die hohe Bedeutung der an diesen Verträgen geleisteten Mitarbeit Chamberlains.

Deutschnationale Finanzwirtschaft.

Der Stadtbankskandal von Halle.

Halle, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Stadtorordnetenversammlung kam endlich der Stadtbankskandal zur Sprache, der seit einigen Wochen weit über die Grenzen der Stadt hinaus Aufsehen erregt hat. Der deutschnationale Oberbürgermeister Dr. Rixe, ein durch seine autokratischen Manieren und seine Selbstgerechtigkeit fast berühmt gewordener Beamter alten Stils, mußte jetzt zugeben, daß die bei der Stadtbank durch die eingeriffene Lotterwirtschaft entstandenen Verluste nach bisheriger vorläufiger Aufstellung sich auf rund 5½ Millionen Mark belaufen! Der Oberbürgermeister redete sich darauf hinaus, daß der von dem deutschnationalen Magistrat als Bankdirektor angestellte Berger ein raffiniertes System erfunden habe, um die Stadt zu täuschen. Wieviel habe dieser Berger Kredite ins Blaue hinein gegeben, weit über die formal bewilligten Summen hinaus. Mehrfach sind auch Kassenkredite gegeben worden, ohne daß die zuständige Kreditkommission überhaupt gefragt worden sei. In der Stadtorordnetenversammlung herrschte begreiflicherweise große Entrüstung. Unsere Parteigenossen beantragten, daß dem Oberbürgermeister und dem Deputierten für die Stadtbank, dem Bürgermeister Seydel, das Misstrauen der Versammlung ausgesprochen würde. Einen ähnlichen Antrag stellten die Kommunisten. Der sogenannte Ordnungsblok der Rechtsparteien redete zwar auch von „Mißbilligung“, suchte aber die Sache zu verschleiern und beantragte, die ganze Stadtbankaffäre dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen. Der Stadtorordnetenvorsitzer ließ über diesen Antrag zunächst abstimmen, um eine Abstimmung über den Misstrauensantrag zu verhindern. Die Kommunisten veranstalteten darauf großen Lärm und suchten den Namensaufruf zu vereiteln. Die Rechtsmehrheit aber nahm den Verschleppungsantrag an, so daß der deutschnationale Bank- und Finanzskandal einstweilen in die Dunkelkammer verwiesen ist.

Georg Bernhardt, der Chefredakteur und Völkerbundberichterstatter der „Völkischen Zeitung“, ist von der Vereinigung der Völkerbundsjournalisten in Genf einstimmig zu ihrem Präsidenten gewählt worden.

Eine Flieger- und Schiffsbeschießung von Hankau durch britische Streitkräfte wegen der Beschießung englischer Schiffe auf dem Jangtse soll an 5000 Personen getötet oder verletzt haben.

Auf zum Massenaufrmarsch der Gewerkschaften

nach Treptow am Sonntag, den 19. September 1926



Wenn in diesen Tagen in allen großen europäischen Städten die Arbeiter aller Länder in ihren Gewerkschaften zusammentreten, um die Fragen der Wohlfahrt des arbeitenden Standes zu besprechen, so werden sie nicht vergessen, ihr Bemühen mit dem Geist der Kraft zu füllen, den die großen Führer der Internationale von jeher als bestes Bindemittel internationaler Solidarität erkannt haben; wir meinen das Recht an der Arbeit. Es muß dem Arbeitenden noch mehr bewußt werden, welche Werte seine Hände schaffen, auch wenn es eine nur rein mechanische Tätigkeit ist an der Maschine oder am Schraubstößel. Den Umfang oder das Volumen sollte er errechnen, damit er sich sagen kann, daß sein Lebenswert in nichts den grandiosen Höchstleistungen sportlicher Natur zurücksteht. Bildliche und Zahlenstatistiken, die ja durchaus reale Vorstellungen zu geben vermögen für diejenigen, die sie zu lesen verstehen, sie können sich weniger mit dem Maß der Arbeit des einzelnen befassen; darum sollte der Arbeiter von sich aus errechnen und auch in willkürlich gewählten Bildern zum Vergleich stellen, wie er als menschliche Kraftmaschine dem Ganzen dient. Oft werden ihn dann auch die Vergleiche lehren, welches Maß von sozialer Ungerechtigkeit an ihm verübt wurde. Wir wählen einige solcher Beispiele, die das Maß der Arbeit in bildlichen Vergleichen verdeutlichen wollen.

Der Faden von 2340 Kilometern.

In der Befeldungsindustrie, speziell bei den Schneidern, wo der Tarif bereits 800 Einzelpositionen aufweist, erscheint es fast unmöglich, das Werk des Einzelarbeiters zu messen, wenn es, wie es häufig geschieht, in der Werkstatt oft durch zwanzig Hände geht. Und doch findet sich in diesem Gewerbe ein interessanter Anhaltspunkt, der aufzeigt, welche Tätigkeitssumme die Hand mit der Nadel oder mit der Maschine verrichtet. Nach den Richtlinien für den Verbrauch von Nähzutaten, die dem Reichsstatistikamt beigegeben sind, werden genau die Zwilmerer angegeben, mit denen der Arbeiter zur Herstellung eines Anzuges auszukommen hat. In Garn, Festgarn und Maschinengarn ohne den Zwirn für Knopfnähen werden für das Jackett 225 Meter errechnet, für den Sommerpaletot 266 Meter, für den Winterpaletot 270 Meter, für Wäster 398 Meter, für die Hose 100 Meter und für die

Weste 70 Meter. Ein Hosenmacher, der in der Woche acht Stück liefert, hätte demnach in der Woche einen Faden von 1800 Meter verarbeitet, im Jahre eine solchen von 93 600 Meter und in 25 Jahren einen Faden von 2340 Kilometer. Dieser Faden würde in seiner Länge einer Entfernung von Berlin bis nach Cadix in Spanien gleichkommen, dem äußersten Punkt Europas in südwestlicher Richtung. Der Hosenmacher mit 20 Stück in der Woche und 1040 im Jahr, verarbeitet in 25 Jahren einen Faden von 1800 Kilometer Länge, er würde ungefähr nur bis nach Madrid gelangen. Im Tarif der Mäntelherinnen und allgemein bei den Heimarbeiterinnen, wo man beim Nähen von glatten Mänteln schon von einem „Rahmestart“ spricht, wird das Steppen einer Raht auf der Maschine der Meter mit einer Minute gerechnet, welche Zeit um vieles je nach der Arbeit und der Geschicklichkeit der Näherin geschlagen wird. Den Faden, den eine arme Heimarbeiterin in 14- und 16stündiger Arbeitszeit abrollt, würde gewiß beide Erdpole verbinden, wenn ihr nicht bei ihrer sorg entlohnten Arbeit der Lebensfaden allzu schnell reifen würde, denn man rechnet bei der hohen Sterblichkeit der Heimarbeiterinnen nur mit einer durchschnittlichen Berufstätigkeit von sechs bis acht Jahren. Erwägt man ferner, daß in der Befeldungsindustrie die Arbeit nicht in allen Teilen auf der Maschine heruntergeholt werden kann, sondern auch in mühseliger Emigkeit Stück für Stück mit der Hand, so begreift man wohl, daß dieser länderumspannende Faden von manchem Blutstropfen rotgefärbt sein mag.

Die Tagesleistung eines Maurers

wurde vor dem Kriege im Afford bis zu 1000 Steinen gemerzt, diese Leistung soll durch den Druck der Verhältnisse heute um vieles hinaufgetrieben worden sein. Nehmen wir nur die Durchschnittsleistung von 1000 Steinen, so ergibt sich folgendes Bild: Ein Mauerstein hat circa 25 Zentimeter Länge, 12 Zentimeter Breite und 6 Zentimeter Höhe. Diese Steine in ihrer Länge aneinandergelegt, würden demnach 250 Meter Länge als Tagesleistung ergeben, ohne die Fugen, die der Arbeiter mit Mörtel füllt. Nimmt man für die Saison im Höchstmaß nur 226 vollbeschäftigte Tage an, so ergibt das Längenmaß bereits 52 Kilometer. Da bekanntlich ein guter Großstadtmaurer höchstens 15 Jahre auf dem Bau vollwertig konkurrieren vermag und schon vor seinem vierzigsten Lebensjahre aus dem Afford ausscheidet, so hätte er auf einer Strecke von 930 Kilometer Steine gelegt, was etwa dem Bahnweg von Hamburg-Altona nach Babelsberg entspricht. Rechnet man noch die übrige Zeit seiner Arbeitsjahre hinzu, in der er ja auch nicht untätig ist, so darf man ruhig annehmen, daß er bis nach Venedig gelangen würde. Aber das Vergnügen an einer solchen Reise wird er wohl immer den Ruhesiepen

feiner Arbeit überlassen müssen. 1000 Mauersteine breit aneinandergelegt bedecken die Fläche von 30 Quadratmeter, was im Jahre 7500 Quadratmeter ausmachen würde und in 15 Jahren 112 500 Quadratmeter gleich 43 preußische Morgen.

Der Gang um die Erde.

Bei einem Paketträger nimmt die Post an, daß er täglich 300 Pakete austrägt. Jedes Paket nach dem alten Fünftiloggewicht gerechnet, würde 1500 Kilo am Tage betragen, im Jahr 450 000 Kilo und in einem Dienstalter von 25 Jahren, falls der Austräger nicht zu anderem Dienst verwandt wird, die Last von 11 250 Tonnen. Dieses Gewicht macht ungefähr die Ladung von 750 Güterwagen aus. Ein Briefträger hat in Berlin in seinem Revier circa 30 Aufgänge zu bedienen, die ihn heute meist bis ins fünfte Stockwerk hinauf führen. Rechnet man nur vier Stockwerke mit 80 Stufen, so hat er bereits auf einem Reviergang 4000 Stufen erstiegen gleich einer Höhe von 800 Meter. Er würde demnach bei seinen drei Bestellsängen am Tage 2400 Meter erstiegen, oder im Bilde gesprochen, die Höhe des Königsstuhls in den Alpen überstiegen haben. Bei 18 Bestellsängen in der Woche erstigt bereits jede weitere Höhenberechnung, da er den höchsten Berg der Erde, den Mount Everest mit 8000 Meter, fast fünfmal überschritten hätte. Es ist daher kein Wunder, daß der Briefträger, wenn er sich in solchen Regionen bewegt, auch als Berufskrankheit speziell die Herzkrankheiten zu verzeichnen hat, die als typische Bergsteigerkrankheiten bekannt sind. Ein Sonderbriefträger bezieht im Durchschnitt gerechnet täglich 28 Kilometer. Das entspricht einer Jahresleistung von circa 9000 Kilometer, und einer Lebensleistung in 25 Jahren von 225 000 Kilometer. Er hätte demnach auf seinem Bestellsang im Dienste der Post fünf und ein halbes Mal die Äquatorlinie um die Erde umtreift, um welche sportliche Leistung ihm weder der Postminister noch sonst ein Mensch gratuliert hat.

Wir müssen es uns aus Mangel am Raum versagen, das Maß der Arbeit in bildlichen Vergleichen noch an anderen Beispielen zu erläutern, die sich in allen Varianten und wohl für jede Berufsgattung finden lassen. Absicht und Zweck war nur, dem Wertmenschen seine Leistung aufzuzeigen, die er im Dienste der Allgemeinheit verrichtet, und die ihn mit Stolz und Würde erfüllen sollte.

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Brazila.

Zwei Wochen vergingen: das Warten machte die unerbittlichen Gläubiger immer ungeduldiger. Die Leute neigten schließlich dunkel zu der Ueberzeugung, daß Sulette der Eigenstun erfaßt habe, nicht niederzukommen. Sie wurden ihrerseits starrköpfig. Scharfe Augen hefteten sich auf die geschlossenen Türen, Untertier schoben sich gegen die undurchdringliche Mauer vor.

Sulettes Mutter kroch sichtlich in sich zusammen; sie fühlte die Menschen, die Dinge, die Luft, das Licht, die greifbare und nicht greifbare Gesamtheit, welche in Erwartung auf dem Hause, auf ihrer Person selbst, lastete.

Sulette empfand, im Dunkel zusammengekauert, die feindliche Ueberwachung durch die Wände hindurch.

Sie erfuhr von neuem, das Dienstmädchen war ein außerhalb des allgemeinen Geschehes stehendes Geschöpf. Nicht genug, daß sie als Fremde bei ihren Herrschaften in der Stadt figuriert hatte, sie war sogar im eigenen Dorfe heimatlos geworden. Hier erwarteten sie noch wütende Feindschaften, nachdem sie so viel darunter gelitten hatte, beargwöhnt und ohne Liebe fern vom Hause zu leben.

Dann aber war es geschehen, und doch hatte die Neugier Befriedigung nicht gefunden. Wie das möglich war, wußte niemand, und niemand konnte sich erklären, wie das kam. Das Kindchen Sulettes hatte keine lange Lebensdauer.

Nun war es aber schon Wochen her, und Sulette ging wieder hinaus, Arbeit zu suchen. Sie kam unter bei einem jungverheirateten Ehepaar.

Beide waren blond; ein sparsames Haushalten war ihr vollständig fremd; er hatte große Neigungen zu Stehhaberereien künstlerischer Natur.

Sie blickten vertrauensvoll und von edlen Gefühlen erfüllt ins Leben, nur wenn jemand ihnen gegenüber der Offenheit ermangelt hätte, das wäre tadelnswert gewesen, wie wenn eine Liebkehlung durch eine Roheit erwidert würde. Sie hatten wirklich niemals etwas getan, um das Unglück zu verdienen.

Ihr Dienstmädchen trat an; sie war brünett, hatte leuchtende Augen, matte Gesichtsfarbe, die zugleich scharf ausgeprägten und starren Züge ihrer Rasse.

Die junge Frau war sogleich von der angenehmen, domestizierten Erscheinung froh berührt. Der junge Gatte freute sich über den Gegensatz zwischen einer Dame und einem Dienstmädchen.

„Wie heißen Sie?“ fragte er in herzlichem Tone. Die Antwort fiel, augenblicklich feindseliger Lüge Einfach gewährend: „Marie!“

Die neuen Gebieter Sulettes hießen Herr und Frau Fink, und sozusagen, man vermutete das auch, so heiter, lebhaft, in steter Bewegung waren sie. Man konnte sich nicht vorstellen, daß die kleine Frau Fink eine andere Ehe eingegangen wäre und einen wuchtigen, für sie unpassenden Namen hätte tragen können.

Die Ankunft Sulettes versetzte das junge Paar ohne bestimmten Grund in Entzücken, weil die geringsten Vorkommnisse die Gabe hatten, sie zu beglücken.

„Also Marie werden Sie genannt!“ riefen sie. „Weiß Gott, alle Dienstmädchen heißen Marie... Also Marie, schreiten wir zu Ihrer Einführung.“

Herr und Frau Fink waren nicht direkt Rentiers, aber „sie hatten ihre Eltern“. Die beiderseitigen Schwiegereltern operierten an der Börse, der eine in Getreide und Mehl, der andere in Bauholz, ihre Unterschrift war Gold wert.

Der junge Fink war Architekt mit Diplom; er war noch nicht ausübend tätig, weil erst nach der Verheiratung die zur Organisation nötige Zeit sich findet.

Er traf Vorbereitungen. Er beabsichtigte, sein Bureau im 16. Bezirk, wo viel gebaut wurde, zu eröffnen und besuchte häufig seine schon etablierten Kollegen von der Kunstakademie, die ihn von ihren Erfahrungen zum besten gaben.

Alle Nachmittage gegen 3 Uhr ging er, mit einer Ledermappe unterm Arm, aus und kehrte erst zum Diner heim.

Sulette kam zu Herrn und Frau Fink nicht mit dem Vorsatz, ihnen verhängnisvoll zu werden, aber mit einer Individualität, die sich absolut von der jener unterschied, mit dem Gefühl getrennter, unvereinbarer Interessen.

Das schlimmste war, daß sie ihren Beruf ohne natürliche Anlage, ohne Interesse ergriffen hatte, nur figurierte, eine angelebte Tätigkeit verrichtete, sich mit ihren besten Empfindungen daran beteiligte.

Sie kam mit ihrer Vergangenheit, kam und brachte ihr eigenes Verhängnis mit.

Die jungen Eheleute waren sehr nett zu ihrem Dienstmädchen; das Befehlen machte ihnen viel Spaß, sie taten es liebenswürdig. Sie begannen mit erstem Ton:

„Hören Sie, Marie...“

Aber ihr Satz endigte immer mit einem Lachen.

Uebrigens waren sie freundlich zu jedermann und ihre Freigebigkeit ließ niemals nach.

Um die Wahrheit zu sagen, das soziale Problem, das menschliche Elend lag nicht als schmerzliche Last auf ihnen. Und wahrhaftig, das war in gewisser Hinsicht um so besser;

sie zeigten ihre Güte ohne Theorie, ohne Vorbereitung, ohne Ueberlegung, je nach den Umständen.

Und es war ihnen zum Beispiel gleichgültig, ob sie einen berufsmäßigen Bettler unterstützten. Sie gaben, weil Geben in ihrer Natur lag. Sie kamen nicht dahin, die dringende Not zu erkennen, um zwischen den würdigen und unwürdigen Armen Unterscheidungen zu machen. Trotz dem ausdrücklichen Befehl der Philantropie ging ihnen der Schmerz, ein zweifelhaftes Almosen gegeben zu haben, nicht nahe.

Herr Fink sagte einmal zu seiner Frau, wobei er ernsthaft zu sein versuchte:

„Du verstehst das nicht! Der gute Mann, der alle Sonnabende seine Sous holen kommt, scheint ein gewerksmäßiger Bettler zu sein. Der Portier, der ernstzunehmende Zeitungen liest, hat geglaubt, mich in Kenntnis setzen zu müssen.“ Frau Fink klatschte in die Hände.

„Dann ist er gar nicht mal so elend, wie er uns scheint? ... Nun wohl, um so besser für den armen, guten Mann!“ „Sprich nicht so laut!“ sagte Herr Fink beunruhigt, „wenn der Portier dich hörte... Du kannst deine Kundtschaft einem Kaufmann, der Millionen hat, schenken und so eine Million vergrößern. Aber stelle dir doch das furchtbare Unglück vor, Lörin, wenn du einem alten Mann, der schon zehn Franken aufgehäuft hat, vier Sous gibst...“

Sulette konnte also bei einer solchen Herrschaft nicht unglücklich sein. Die Hausarbeit erforderte wenig Anstrengung, man hatte nur Salon, Speisezimmer, eine geräumige Mädchenkammer, die Wohnung lag nach dem Süden, der Straße zu, ein sehr hübscher Balkon vergrößerte sie.

In der Hauptsache bestand schließlich das Leben bei Herrn und Frau Fink, selbst für das Dienstmädchen, darin, mit dem Baby zu spielen.

Das war ein pausbäckiges Kind von fünfzehn Monaten, mit krausem Haar, blond wie seine Eltern, mit reizenden Grübchen in den Backen, an den Elsbogen, überall.

Und es war schon so drollig, lachte und strampelte die ganze Zeit: am liebsten spielte es auf allen vieren! Ahnte nach, was man wollte, steckte die Zunge heraus, runzelte die Stirn, machte kleine, machte große Augen.

Und es sprach! War das ein Wunder! Nebenbei, wohl zu verstehen, man konnte noch keinen Sinn aus dem Gemurmel heraushören.

Und es kannte seine Leute! Soaerte nicht, mit Blick und Bächeln denjenigen zu bezeichnen, den man von ihm verlangte: Papa, Mama, Marie. Und wie schlau und schalkhaft war's! Alle Späße verstand es! Man spielte Verstecken mit ihm zwei Stunden, ohne daß es müde wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Brandkatastrophe in der Schillingstraße.

Ein Bierzehnjähriger lebendig verbrannt.

Ein folgenschweres Brandunglück, das in seinen Einzelheiten noch nicht einwandfrei geklärt ist und dem ein Kind zum Opfer fiel, ereignete sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr im Hause Schillingstraße 5 im Osten Berlins.

Hier wohnt in der dritten Etage des Vorderhauses die Witwe Moeßlich mit ihrer 14jährigen Tochter Irene und einem weiteren zehnjährigen Tochterchen. Die Mutter war mit dem größeren Mädchen im Schlafzimmer mit dem Ventilator von Wanzen beunruhigt. Zu diesem Zwecke benutzte sie eine Cöllampe und lamen unglücklichweise dem in der Nähe stehenden Bett zuzunähe, das sofort Feuer fing. Hierbei fiel noch die Cöllampe auf den Fußboden und explodierte. Während die Mutter zur Zimmertür hinaus stürzte, versuchte Irene das Fenster zu erreichen und um Hilfe zu rufen. Inzwischen hatten aber die Kleider des Mädchens Feuer gefangen und auch das Zimmer fand im Augenblick in hellen Flammen. Dem unglücklichen Mädchen wurde der Rücken abgeschnitten und kam in den Flammen elend um. Inzwischen wurde die Feuerwehre herbeigerufen, die das Feuer löschte und Irene M. in dem ausgebrannten Zimmer völlig verkohlt in der Nähe des Fenstersüßels vorfand. Die Mutter erlitt einen Nervenanfall. Es ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt, ob sich das Unglück mit seinen schweren Folgen in der von Frau M. geschilderten Weise zugetragen hat. Nach Ansicht der Feuerwehre kann eine Cöllampenexplosion nicht in Frage kommen, da von der Cöllampe im ganzen Zimmer keine Spur zu entdecken war. Vielmehr wurde eine größere zerrissene Petroleumkanne aufgefunden, so daß man zu der Vermutung neigt, daß diese beim Hantieren mit einer offenen Flamme explodierte. Jedenfalls wird von den Benutzern des Hauses übereinstimmend gesagt, daß ein ziemlich Knall gehört wurde und im gleichen Augenblick gelbende Hitzeschreie ertönten. Die jüngere Tochter der Frau M., die noch nach der Mutter das Zimmer fluchtartig verließ, blieb unverletzt und kam mit dem bloßen Schrecken davon. Mit der genauen Klärung des furchtbaren Unglücks ist die Kriminalpolizei noch beschäftigt, die die Leiche der kleinen Irene beschlagnahmt und ins Leichenhaus gebracht hat.

„Dr. of Chiropraktik.“

Eine interessante Kammergerichtsentscheidung.

Ein gewisser L. hatte an seinem Hause in Berlin ein Schild mit der Aufschrift „Dr. of Chiropraktik, Deutschlands erster Pionier“ anbringen lassen, ohne sich im Besitze einer ministeriellen Genehmigung zu befinden. Da angenommen wurde, daß sich L. unbefugt einen Titel zugelegt habe, erkannte das Amtsgericht gegen L. auf eine Geldstrafe von 50 M. im Hinblick auf § 360 (8) des Reichsstrafgesetzbuchs und die Polizeiverordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 21. August 1903 auf weitere 25 M. Strafe, da in der Bezeichnung „Deutschlands erster Pionier“ eine irreführende und prahlerische Bezeichnung zu erblicken sei. Es komme für die Entscheidung auch nicht darauf an, ob der Angeklagte den Titel vor oder hinter seinen Namen setze; zur Führung des Dokortitels sei er ohne Genehmigung nicht befugt gewesen.

Gegen seine Berufung legte L. Revision beim Kammergericht ein und stellte in Abrede, sich gegen das Strafgesetzbuch usw. vergangen zu haben; er wolle darauf hin, daß er in Amerika die Approbation als Chiropraktiker erhalten habe und die Behandlung akuter und chronischer Leiden vornehme; die Bezeichnung „Deutschlands erster Pionier“ stelle keine irreführende oder prahlerische Bezeichnung dar. Das Kammergericht sprach auch L. von der Uebertretung der Polizeiverordnung vom 21. August 1903 frei, wies aber im übrigen die Revision des Angeklagten zurück und führte u. a. aus, nach den getroffenen Feststellungen habe sich L. auf dem Schilde in Amerika approbierter Dr. of Chiropraktik genannt. Der § 1 der Verordnung über die Führung akademischer Grade vom 30. September 1924 schreibe für preussische Staatsangehörige, welche einen akademischen Grad einer Hochschule außerhalb Preußens erwerben, zur Führung des Grades die Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vor. Die von L. angewandte Bezeichnung könne aber nicht als akademischer Grad einer Hochschule angesehen werden, ebenso könne nicht von einer unbefugten Annahme eines Titels oder einer Würde im Sinne des § 360 (8) des Strafgesetzbuchs gesprochen werden. Die Beurteilung des Angeklagten rechtfertige sich aber aus § 147 (3) der Reichsgewerbeordnung, da die betreffende Bezeichnung der Belegung eines ärztlichen Titels gleichzustellen sei, welcher den Glauben erwecke, der Inhaber desselben sei eine geprüfte Medizinperson. Die Vorentscheidung könne aber nicht insofern gebilligt werden, als sie in der Bezeichnung „Deutschlands erster Pionier“ eine prahlerische und das Publikum irreführende Angabe erblicke. Die Polizeiverordnung vom 21. August 1903 unterlasse öffentliche Anzeigen von nicht approbierten Personen, welche die Heilkunde ausüben, sofern sie geeignet seien, über Vorbildung, Befähigung oder Erfolge dieser Personen zu täuschen oder prahlerische Ankündigungen erhalten. Vorliegend können die Worte „Deutschlands erster Pionier“ nur so verstanden werden, L. sei der erste Chiropraktiker in Deutschland. Darin liege aber keine Täuschung des Publikums über Vorbildung, Befähigung und Erfolge oder eine prahlerische Versprechung. Da der Vorderrichter diese Bezeichnung als selbständige Tat gewertet und auf eine besondere Geldstrafe erkannt habe, habe in diesem Umfange Freisprechung des Angeklagten erfolgen müssen.

Schüsse auf den Schwiegervater.

Im Hause Mariendorf, Rathausstraße 6, hat gestern abend 8 Uhr, der Klemperer Erich Mahnke auf seinen dort wohnenden Schwiegervater fünf Schüsse abgegeben, von denen drei trafen. Das Ueberfallkommando wurde gerufen. In schwerem verletztem Zustande wurde der Betroffene in das Krankenhaus transportiert. Veranlassung zu der Tat war, daß Frau Mahnke ihren Mann verlassen hatte und zu ihrem Vater gegangen war. Der Mann drang in die Wohnung seines Schwiegervaters ein und richtete nach vorausgegangenem Streit die Waffe auf seine Frau. Der Vater stellte sich schützend vor seine Tochter und erhielt so die schweren Schußverletzungen.

Der „Gasfotokontrollen“.

Eine Prahlerei am verkehrten Ort wurde einem falschen Gasfotokontrollen zum Verhängnis. Auf einer Revierwache erschien ein junger Mann, der stark über den Durst getrunken hatte. Er brüstete sich damit, daß die Polizei schon lange hinter ihm her sei, ohne ihn jemals fassen zu können. Er sei einer von denen, die sie schon lange suchte, aber ihn kriegen sie nicht. Weil er nicht näher andeutete, was er dem eigentlich verbroschen haben wollte, so wußte man nicht recht, was man aus seinem Gerede machen sollte. Zur Vorsicht aber befehlt man ihn doch im Gewahrsam, um ihn sich einmal genauer anzusehen und notierte alles, was er vorgebracht hatte. Aus diesen Aeußerungen und nach seinem Aussehen kam man bald auf die richtige Spur. Denn auf ihn paßte die Beschreibung, die von vielen Seiten bei der Kriminalpolizei von einem falschen Gasfotokontrollen eingegangen war. In zahlreichen Wohnungen war ein Mann erschienen, der angeblich die Gasleitung nachsehen sollte und der dabei auch die Automaten leerte. Weil er ein Buch mit sich führte, wie es die richtigen Kontrollen und Kassierer zu haben pflegen, so hatte man ihn überall gewähren lassen. Erst nachher hatte man erfahren, daß dieser Mann, der die Automaten mit einem Schlüsselchen aufschloß, ein Schwindler war. An mehreren Stellen, wo man ihn eine Weile allein gelassen hatte, hatte er auch noch die Wohnungsinhaber bestohlen. Am nächsten Morgen, als er wieder nichtern war, wollte der Prahler von nichts mehr wissen. Jetzt behauptete er, daß er eben nur geprügelt habe, um die Polizei einmal zu ärgern. Die Ermittlungen hatten ihn aber schon entlarvt, und eine Reihe von Wohnungsinhabern erkannten ihn auch sofort

wieder. Der Verhaftete, der nun keine Prahlerei sehr bedauerte, hatte noch 80 M. bei sich. Ein Dutzend Fälle wurden ihm sofort nachgewiesen. Weitere Mitteilungen über sein Auftreten nimmt die Dienststelle C. 6 im Polizeipräsidium entgegen.

Mord im Scheuenviertel.

Von seinen Spießgesellen erstochen.

Aus Rache ermordet wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am 4. September ein zweiundzwanzigjähriger Fritz Weckelburg, dessen Wohnung nicht bekannt ist. Er wurde an jenem Abend gegen 10½ Uhr in der Rungstraße von zwei anderen Männern hinter rücks angefallen und nach kurzem Kampfe niedergestochen. Ein Messerstich hatte ihm die Halschlagader zerrissen, so daß er noch vor der Einlieferung in das Krankenhaus starb. Die Mörder hatten die Flucht ergriffen und waren entkommen.

Man glaubte zuerst an einen Ueberfall mit Todeserfolg, doch haben die Ermittlungen jetzt ergeben, daß es sich um einen Mord aus Rache unter Spießgesellen handelte. Weckelburg hatte mit den beiden noch Unbekannten verschiedene Eindrücke verübt und war von ihnen bei der Verteilung der Beute überfordert worden. Hierüber erbot, hatte er ihnen gedroht, sie bei der Kriminalpolizei anzuzeigen. Um das zu verhindern, fielen seine früheren Helfershelfer über ihn her und stachen ihn nieder. Unter dem Verdacht der Mordtat wurde jetzt eine 28 Jahre alte verheiratete Maria Kutisch festgenommen, die in jener Gegend wohnt. Das Mädchen gibt an, daß sie am 4. September, also am Tage des Mordes, spät abends eines ihrer früheren Liebhaber, eines gewissen Paul Albrecht, wieder getroffen habe und mit ihm im Auto nach dem Stettiner Bahnhof gefahren sei. Untermwegs habe sie ihm von dem Verbrechen erzählt wollen, Albrecht habe das aber abgelehnt mit dem Bemerkten, daß er selbst der Täter sei und schleunigst flüchten müsse. Albrecht habe sich auf dem Bahnhof noch mit einem jungen Manne getroffen und mit ihm zusammen den Zug bestiegen. Das Reiseziel erfuhre sie nicht. Obwohl das Mädchen Kofainistin und infolge dessen geistig minderwertig ist, entsprechen diese Angaben zweifellos der Wahrheit. Aus Furcht vor der Rache ihres ehemaligen Freundes wird sie aber wahrscheinlich erdichtete Namen angegeben haben. Sie kennt den angeblichen Albrecht seit dem Jahre 1917. Sie schildert ihn als einen brutalen Menschen.

Um die Berliner Vergnügungssteuer.

Der Steuerausgleich der Stadtordnungsversammlung hat sich vor kurzem mit dem vom Magistrat vorgeschlagenen Rattrag zur Vergnügungssteuer befaßt. Dieser Vorschlag sieht, wie schon berichtet, Änderungen der Berliner Steuerordnung nur insoweit vor, als sie durch die Reichsratsbestimmungen notwendig geworden sind, und zwar in der Hauptsache für die Steuerföge der Lichtbildtheater, der Sprechtheater und der übrigen als künstlerisch höchstehend anerkannten Veranstaltungen. Nach den Reichsratsbestimmungen sind hierfür Normalsteuersätze vorgegeben, welche die Gemeinden bis zu bestimmten Grenzen überschreiten oder auch unterschreiten dürfen. In der Vorlage sind die zulässigen Höchstsätze eingeleitet, die unter den bisherigen Berliner Steuerfögen liegen. Die Vertreter der Sprechtheater und der Lichtbildtheater, die vom Ausschuss gehört wurden, traten nachdrücklich für eine weitere Senkung der Steuerföge wenigstens auf die Normalföge, möglichst aber auf die Mindestföge der Reichsratsbestimmungen ein. Bei den Beratungen im Ausschuss kam zum Ausdruck, daß für verschiedene Gruppen von Vergnügungsveranstaltungen eine Nachprüfung der Steuerföge erwünscht sei, daß diese aber bis zur Beratung des Nachtrags Haushalts in den nächsten Wochen zurückgestellt werden müsse. Erst im Rahmen dieser Verhandlungen könne darüber entschieden werden, ob eine weitere Senkung der Steuerföge bei der Vergnügungssteuer möglich sei oder nicht. Der Ausschuss stimmte daher der Magistratsvorlage zu.

Mit Rücksicht darauf, daß die nach den Reichsratsbestimmungen vorgehene Differenzierung bei der Besteuerung der Lichtbildtheater nach zehn Steuerstufen je nach der Länge, der künstlerischen, volkshilfenden oder Lehrfilme im Verhältnis zu dem übrigen Programm in Berlin praktisch nur mit ungeheuren Schwierigkeiten durchführbar wäre und eine Quelle ständiger Reibungen und Unzuträglichkeiten bilden müßte, wurde dem Abschluß einer Vereinbarung des Magistrats mit den Lichtbildtheaterbesitzern zugestimmt, wonach künftig nur vier Steuerstufen zur Anwendung kommen sollen, nämlich 15 Proz. bei Programmen ohne jegliche privilegierte Filme, 12½ Proz. für Programme mit privilegiertem Beiprogramm, 10 Proz. für Vorstellungen, bei denen der künstlerische, volkshilfende oder Lehrfilm mehr als die Hälfte der Gesamtvorstellung ausmacht, und schließlich Steuerfreiheit für die Vorstellungen, bei denen mehr als neun Zehntel in Lehrfilmen besteht. Sollten bei den Verhandlungen über den Nachtragshaushalt oder auch später die Steuerfögen in der Steuerordnung für die Lichtbildtheater weiter gesenkt werden, so würde dann auch eine entsprechende Senkung der Steuerföge in der Vereinbarung zu erfolgen haben.

Traurige Folgen . . .

Unter der Ueberschrift: „Traurige Folgen einer Mißhehe“ berichtet die „Deutsche Zeitung“ über die Skandalaffäre der Frau des Professors Schnabel, geb. Hefholdt von Reiningen-Westernburg. In die Mitteilung des Tatbestandes knüpft das poltische Blättchen folgenden Kommentar:

„Groß Hefso von Reiningen-Westernburg, der Vater der Witwe Schnabel, wanderte im vorigen Jahrhundert nach Amerika aus und heiratete dort eine Deutsch-Amerikanerin. Ihrer beider Tochter ist die Frau, die sich jetzt als Fälscherin bekennen muß. Das Unrecht, das sie an der uralten Adelsfamilie ihres Vaters zu begehen vermochte, zog das zweite nach sich, der „Sünde wider das Blut“ folgte das Verbrechen gegen das Strafgesetz. Man wird der Beständigen jetzt den Prozeß machen. Sie hat sich bereit erklärt, sich mit dem Pfllichtteil zu begnügen, aber der Haß der Leute, die hinter ihr her ist, verlangt mehr. Man deutet schon an, daß „offenbar Erbunwürdigkeit bei ihr vorliegt“, doch da hier Schwierigkeiten entstehen könnten, wird das Gerücht verbreitet, daß die Ehe der Frau gar nicht zu Recht bestanden habe und darum für ungültig erklärt werden müsse. Folgen einer Mißhehe . . .“

Gehört dieser Kommentar auch noch zu den traurigen Folgen von Hefholdts Mißhehe? Dann allerdings wäre ihr die Heirat wirklich nicht zu verzeihen.

Zommerliche Reklame.

Selbst der Strahlenasphalt ist jetzt nicht mehr vor der Ausnutzung zu Reklamezwecken sicher. Seit ungefähr einem halben Jahr ist bereits in Paris ein neues Reklameverfahren in Gebrauch, das man als „sommerliche Reklame“ bezeichnen kann, und das nun auch in Berlin Anwendung finden soll. Der Apparat ist ganz einfach konstruiert. Es handelt sich dabei um eine Trommel, die über den Asphalt gerollt wird. In dieser Trommel schwingt ein Wasserbehälter, der nach unten einen Ausfluß durch eine kleine Röhre hat. Auf der rotierenden Metalltrommel sind Buchstaben erhoben angebracht, der Kontur besteht aus Kupfer, während die Füllung aus Filz hergestellt ist. Das Wasser befeuchtet den Filz und dieser läßt den Umriß des Buchstabens auf dem Asphalt zurück. Die Trommel bietet 24 Buchstaben Platz, so daß man bequem Reklameschlagworte zusammenstellen kann. Die Worte bleiben etwa fünf Minuten auf dem Asphalt lesbar. Eine bekannte Berliner Filmgesellschaft wird diese neue Art vollendeter Reklame zum ersten Male anwenden. Selbst der Asphalt wird nun anzeigen, daß der oder der Film in irgendeinem Kino gespielt werden wird. Diese ganz einfache Angelegenheit hat aber den Nachteil, daß sie bei feuchtem Wetter hinfällig wird. Paris hat sie zur rechten Zeit eingeführt, während man in Berlin damit bis zur Regenzeit wartete.

Exmission des Mieters.

Trotz Mietzahlung.

Nach § 10 Absatz 2 des neuen Mieterschutzgesetzes muß bekanntlich der Gerichtsschreiber von dem Eingang einer Klage, bei der es sich um Mietzinsrückstände handelt, der zuständigen Fürsorgebehörde eine Abschrift zugehen lassen, so daß unter Umständen die Fürsorgebehörde für den bedrängten Mieter eintreten und die rückständige Miete an den Vermieter bezahlen kann, so daß ein Urteil abgewendet wird. Von Gerichtseite aus ist aber zur Abwendung eines solchen Urteils nur eine Frist von zwei Wochen gesetzt, und da tatsächlich schon durch den Ausgang beim Gericht ein Tag verloren geht, des weiteren ein Tag durch den Eingang bzw. Einlauf bei der Fürsorgebehörde, so wird diese Frist dadurch verkürzt. In der Regel erfordern aber solche Klageeingänge Erhebungen durch Bezirksvertreter, und ganz besonders in größeren Städten werden solche Unterstützungsgesuche von den Fürsorgebehörden in gemeinsamer Sitzung besprochen, darüber beschloffen und im Verwaltungsweg alsdann erledigt.

In Berlin ist es nun schon in mehreren Fällen vorgekommen, daß die Fürsorgebehörde den Beschluß der Mietzahlung rechtzeitig gefaßt hat, daß aber das Geld dem Vermieter auf dem Postweg übermittelt wurde, dort einen Posttag zu spät ankam und somit die in dem Gesetz niedergelegte Frist rechtlich überschritten war. Da aber das Gesetz selbst die Frist genau bestimmt, so hat der Richter nicht mehr aus Billigkeitsgründen zu entscheiden, sondern er ist nach Ablauf der Frist gewissermaßen gezwungen, der Klageklage stattzugeben, und das Verhängnis ist über den Mieter trotz der erfolgten Mietzahlung hereingebrochen. Raffinierte Vermieter können in solchen Fällen dieses Urteil formal erwirken, ja sie können unter Umständen die Zulage geben, daß sie aus diesem Urteil nichts gegen den Mieter unternehmen, sie besitzen aber tatsächlich dieses Urteil und können bei geeigneter Zeit Vollstreckung gegen den Mieter beantragen. Der preussische Justizminister hat ja schon in einer Verfügung für Preußen darauf hingewiesen, daß ein Erfolg in dieser Richtung nur dann erreicht werden kann, wenn die Mitteilung an die Fürsorgebehörde mit äußerster Beschleunigung gemacht wird. Voraussetzung ist also dann, daß diese Fürsorgebehörden außerordentlich schnell arbeiten; denn es steht außer Zweifel, daß nunmehr zahlreiche Mietzinsklagen mehr eingereicht werden, weil sich die Vermieter daraus versprechen, Mietzinsrückstände durch die Behörden schneller und sicherer zu bekommen als durch den Mieter selbst. Durch die starke Belastung auf diesem Gebiet besteht aber auch die Gefahr, daß die Fürsorgeämter so schnell wie möglich danach trachten, daß sie von diesen Geschäftsanfällen sobald wie möglich wieder befreit werden, und da das Mieterschutzgesetz nur auf die Zeitdauer eines Jahres befristet ist, ist es möglich, daß Anträge auf Abbau der Zwangswirtschaft und der Mieterschutzgesetze selbst durch diese Fürsorgebehörden gestellt werden.

Die Mieterschaft ersieht daraus, welche Gefahr ihr droht, und sie hätte dringendes Interesse daran, daß durch einen einigenden Zusammenschluß die Fortdauer des Mieterschutzes gewährleistet würde.

Billige Fischtage. Die großen Heringsfänge dauern an. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, den 15. bis 17. September, kommen frische grüne Heringe pro Pfund 20–30 Pf. zum Verkauf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den Labengeschäften, in den Markthallen und auf den Märkten.



Wundervolle
Hände
zart wie Federflaum,
weiß wie Alabaster,
der Erfolg ständigen
Gebrauches von

ELIDA

CITRONEN-COLDCREAM

Hebammen und Krankenkassen. Um die neue Gebührenordnung.

Am 10. September fand auf Veranlassung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt eine Besprechung zwischen den Vertretern der Krankenkassen und den der Hebammenvereinigungen unter Vorsitz eines Beauftragten des Ministeriums statt.

Das zweite Gesetz über Abänderung des 2. Buches der Reichsversicherung vom 9. Juli 1926 legt den Krankenkassen die Gewährung unentgeltlicher Hebammenhilfe als Pflichtleistung auf. Die Gebühren für die Hebammen legt die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle unter Mitwirkung der beteiligten Krankenkassen und Hebammen oder ihrer Vereinigungen in gleicher Höhe fest.

Das Ministerium unternahm den Versuch, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß eine Pauschalgebühr festgelegt werden sollte. Diese Pauschalgebühr soll für Pflichtversicherte, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine einfache oder regelwidrige Geburt handelt. Nicht einbezogen soll die Entschädigung für Desinfektionsmittel sein. Schwangerschaftsbeschwerden sollen nach wie vor nach Einzelleistung berechnet werden. Die Gewährung von Begegnungsgeldern soll dadurch ausgeglichen werden, daß von einer Stellung nach Ortsklassen abgesehen, die Pauschale vielmehr für ganz Preußen in gleicher Höhe geltend haben soll.

Ueber die Höhe der Pauschale gingen die Meinungen weit auseinander. Die Vertreter der Krankenkassen, die ursprünglich etwas von 20 Mk. durchblicken ließen und dabei natürlich auf den energischsten Widerstand stießen, machten dann ein letztes Angebot von 30 Mk. Die Vertreter der Hebammen, deren erstes Angebot 50 Mk. war, entschlossen sich trotz schwerster Bedenken, ein letztes Angebot von 40 Mk. zu machen. Der Vertreter des Städtetages hielt einen Betrag, der zwischen 40 und 55 Mk. liegt, für angemessen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß es diesem Vertreter im Ernst nicht darauf ankommt, nun wirklich den Hebammen zu helfen, sondern den Krankenkassen alle Lasten aufzubürden, damit die Städte keine Zuschüsse zu leisten hätten.

In diesem Stadium mühte die Verhandlung abgebrochen werden. Nach den oben erwähnten gesetzlichen Bestimmungen hat nunmehr das Ministerium eine Gebühr festzusetzen. Die Preussische Verfassung schreibt vor, daß dem Staatsrat das letzte Wort zusteht. Diese Stellen mögen sich bei ihrer Entscheidung darüber klar sein, daß die noch bestehende Differenz im Etat der Krankenkassen einem bestehenden Verbleiben in einem großen Strauße gleichkommt, während die Existenz der Hebammen mit der Festsetzung dieser Gebühr steht und fällt. Wird dem Vorschlage der Hebammen Rechnung getragen und legt man, was viel zu hoch gegriffen ist, 50 Entbindungen pro Jahr zugrunde, so ergibt sich ein Einkommen, das zwischen den Gruppen 5 und 6 der Besoldungsordnung liegt. Fürsorgerinnen, Wohlfahrtschwestern werden nach Gruppe 6 und 7 der BD. bezahlt. Das mag als Richtschnur dienen.

Ausstellung der Kleingärtner.

Im Steuerhaus Landsberger Allee 92 zeigten die Kleingärtner der beiden Bezirke Prenzlauer Berg und Friedrichshagen die Ergebnisse ihrer diesjährigen Ernte. Was gezeigt wurde, könnte manchen Landwirt und Gärtner mit Reiz erfüllen, und er würde die Ueberzeugung gewinnen, daß ein Teil der Großstädter mit Bodenkultur ganz gut Bescheid weiß. Der Großstädter ist lustig und lichthungrig und bringt deshalb der Kleingärtnerbewegung viel Interesse entgegen. Das bemerkt der außerordentlich starke Besuch, der fast wie eine Demonstration wirkte für die Kolonien, die hier stark gefährdet sind. Der Bürgermeister des Bezirks, Genosse Dr. Ostrowski, brachte in seiner Begrüßungsrede zum Ausdruck, daß er stets für die Erhaltung der Kleingärten eintreten wird. — Die Ausstellung selbst zeigt die Vorliebe für Blumen und Edelobst; sie zeigt auch, daß der Kleingärtner mehr und mehr seine Erzeugnisse für den Winter konserviert und auch seinen Wein selbst bereitet. Sogar die Schulgärten fehlen nicht in der Reihe der Aussteller. Bei jedem Gegenstand ist der Name angegeben, und die Ausstellung bietet daher für den Laien einen guten Anschauungsunterricht. Die Preisrichter werteten die Kolonien nach Punkten wie folgt: Neu-Kalifornien 28, Hoffnung 27, Wilhelmstal 26, Märkische Schweiz 26, Hungeriger Woll 24, Berg-Kolonie 22, Wilhelmshöhe II 21, Böhmer 21, Blumenau, Transoal, Alt-Berlin, Simphon und Ostsee je 20, Feldschlößchen 19 und Friedrichshöhe je 19, Feldschlößchen und Jungfernhöhe je 18, Rappland 17, Tiefeland und Jubiläumskolonie je 16, Berg und Tal 15, Bauern vom Berge, Grönländer und Steuerhaus je 14, Nordring 13, Alt-Berlin II 12 Punkte. Die Schulgärten bekamen Ehrenpreise in Form von Diplomen.

Feuer in Blankenburg. Die freiwilligen Feuerwehren von Blankenburg und Busholz wurden gestern morgen gegen 5 Uhr nach dem Kleingärtnerlande in Blankenburg gerufen, wo in dem Restaurant „Wienbaude“ des Schankwirts Lehmann aus bisher noch unbekanntem Grund Feuer ausgebrochen war. Es mußte längere Zeit aus zwei Rohren Wasser gegeben werden. Der Schankraum und ein anschließendes Zimmer brannten aus. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

1011 Typhusfälle in Hannover.

21 Todesfälle. — Die Bettennot.

Die Typhusepidemie in Hannover breitet sich mit geradezu ungeheurer Schnelligkeit aus. Bis gestern, Dienstag, nachmittag hat die Zahl der Erkrankungen 1011 erreicht, und zwar sind 445 Männer, 419 Frauen und 147 Kinder von der Seuche befallen worden. Die Zahl der Todesopfer hat sich ebenfalls in erschreckendem Umfange erhöht und ist während der Zeit vom Vormittag bis nachmittag von 17 auf 21 gestiegen.

Ein Notruf Hannovers.

Hannover, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Da die Zahl der Typhuskranken in Hannover immer noch im Zunehmen ist, fällt es dem Magistrat äußerst schwer, genügend Betten für die Hilfskranken Häuser zu erhalten. Ein Transport mit 450 Betten ist jetzt mit zwölfstündiger Verspätung aus Berlin eingetroffen. Doch auch dieser Transport genügt nicht, und da in Hannover alle Möglichkeiten zur Beschaffung von Matratzen und Betten so gut wie ausgeschöpft sind, sieht sich die Stadtverwaltung gezwungen, eine Rundfrage an die anderen deutschen Städte mit Hilfe des Ministeriums abzuschicken und um Hilfe zu bitten. Anfragen in Essen und Braunschweig blieben erfolglos. Am Dienstag morgen wurde nun eine dritte Schule als Hilfskrankenhaus beschlagnahmt und für Krankenzwecke eingerichtet. Sie befindet sich in Linden in der Bennostraße beim katholischen Krankenhaus.

Unser Parteigänger in Hannover, der „Volkswille“, übt an dem Verhalten des Magistrats scharfe Kritik und betont, daß bis jetzt der Magistrat die städtische Gesundheitskommission immer noch nicht einberufen hat und auch keine großzügigen Vorkehrungen zur Unterbringung von mehreren tausend Kranken getroffen hat, obgleich derartige vorbereitende Maßnahmen selbst in einer Zeit, in der Typhuserkrankungen in großem Umfange nicht vorhanden waren, notwendig gewesen wären.

Das Wasser aus der Leineniederung.

Obgleich amtliche Stellen das Wasser zurzeit als einwandfrei bezeichnen, haben die verantwortlichen Ärzte trotzdem die Wasserleitung in den Schulen abstellen und den Genuß von ungekochtem Wasser verbieten lassen. Die Schulkinder erhalten auf Verlangen gekochtes Wasser zu trinken. Die Ärzteschaft hat bisher über die Ursache der Infektion keine Meinungsäußerung abgegeben. Doch schon heute können wir zu der über die Krankenkassen und durch Pressestellen bekanntgegebene Meinungsäußerung sagen, daß der größte Teil der Ärzte eine Infektion durch Wasser für gegeben hält. Selbst in dem rechtsgerichteten „Hannoverschen Courier“ veröffentlicht Stadtrat Dr. Stolzenbach an leitender Stelle eine Meinungsäußerung, in der er die Notwendigkeit betont, daß die große Stadt Hannover Wasser aus den Bergen erhalten müsse und auf die Gefahren hinweist, die der Stadt durch das Wasser aus den sumpfigen Leine-Niederungen drohen. Er schreibt u. a.: „Der Hauch der Gräfte steigt nicht heraus in die reinen Lüfte. Es ist ein eigenartiger Gebante, daß die Anlagen, aus denen unser Wasser kommt, wochenlang im schmutzigen Hochwasser versenkt liegen und nur mit den Spigen der Brunnen daraus hervortragen. Wer einmal als Ruderer oder als Spaziergänger am Leine-Ufer, namentlich draußen an der Schluße, die Tierkadaver gesehen hat, die dort meist schwimmen und nach ihrem Aussehen lange im Wasser gelegen

haben, also wohl von der Leine heruntergetrieben wurden, und wer, wie ich, schon menschliche Leichen hat heruntertreiben sehen und bergen helfen, den überkommt, wenn er sich mit den Zuständen, wie sie jetzt sind, beschäftigt, ein eigenartiges Gefühl. Möge man endlich daran denken, das Wasser aus den Bergen der Geister oder des Harzes zu holen.“

Diese Äußerung entspricht den Tatsachen, denn es ist Tatsache, daß bei dem großen Hochwasser der letzten Monate verunreinigtes Leinewasser in die Brunnen der Städtischen Wasserwerke eindringen konnte.

Die Bettennot.

Die Stadt Hannover ist, obwohl die Typhuserkrankungen nunmehr schon über eine Woche andauern, ganz offenbar von Größe und Umfang der Katastrophe überrascht worden und man hat bedauerlicherweise nicht die Vorkehrungen getroffen, die unbedingt notwendig gewesen wären, um eine weitgehende Isolation der Kranken sicherzustellen und damit ein Weitertragen der Seuche zu verhindern. Die Bettennot in Hannover steigert sich von Stunde zu Stunde und, wenn es nicht bald gelingt, die Typhusepidemie zum Stillstand zu bringen, läßt sich schon heute voraussehen, daß die Reichsbehörden zu außerordentlichen Maßnahmen greifen müssen, um der Stadtverwaltung beizuspringen. Man hat, wie bereits gemeldet, schon drei Schulen einräumen müssen, doch genügt diese Maßnahme noch immer nicht, um alle Patienten unterzubringen. Man hat in einem der Krankenhäuser noch alle möglichen Räume freigemacht und so 100 Betten aufstellen können, doch reichen diese Maßnahmen nicht entfernt aus, um die stündlich eingelieferten Kranken so unterzubringen, wie es notwendig wäre. Man zieht jetzt ernsthaft in Betracht, außerhalb der Stadt ein riesiges Barackenlazarett aufzubauen, doch wird sich diese dringend notwendige Maßnahme nur dann erreichen lassen, wenn die Reichsgesundheitsbehörden, das Rote Kreuz und andere charitative Organisationen sofort eingreifen und außer Ärzten und Schwestern sowie Pflegern auch schnellstens Baracken zur Verfügung stellen. Die in Hannover tätigen Ärzte sind jetzt schon am Rande ihrer Kräfte. Es ist nicht selten, daß Ärzte täglich 18 bis 20 Stunden unterwegs sind, da Hilfe von allen Seiten kommen. Nicht immer handelt es sich um wirkliche Typhuserkrankungen, vielmehr spielt die Autolysation auch eine große Rolle. Die Stadtverwaltung hat sich merkwürdigerweise noch immer nicht zu einschneidenden Maßnahmen entschließen können, sondern versucht, mit Warnungen der Gefahr zu begegnen. So ist beispielsweise eine ausreichende Kontrolle der eingehenden Milch durch Bakteriologen noch immer nicht durchgeführt, vielmehr beschränkt sich der Magistrat darauf, in der Presse vor dem Genuß roher Milch und rohen Obstes zu warnen. Die von der Stadtverwaltung ausgesprochene Hoffnung, daß in acht Tagen die Epidemie ihren Höhepunkt überschritten haben werde, wird von angesehenen Medizinern sehr skeptisch beurteilt.

Die am Dienstag nachmittag eröffneten drei Impfstellen sind von den Bewohnern bereits sehr stark in Anspruch genommen worden, doch werden jetzt bereits Stimmen laut, die eine Zwangsimpfung der gesamten Einwohnerschaft Hannovers fordern, um der Epidemie Einhalt zu gebieten. Der Magistrat der Stadt wird sich auch mit dieser Frage beschäftigen, doch verheißt man sich nicht, daß eine solche Maßnahme auch auf sehr starke Widerstände stoßen würde.

Ein Eisenbahnschwindel.

Bar kurzem wurde die Radrikat verbreitet, daß eine neue Eisenbahnlinie gebaut werden solle, die von Engen über Bach-Bollershausen-Beilungen-Neuren-Friedlingen nach Singen führen soll, und die von der „Deutschen Eisenbahngesellschaft“ in Berlin gebaut werden würde. Jetzt ist festgestellt, daß es sich um einen großzügig angelegten Schwindel eines früheren Eisenbahnbeamten Namens Ujal handelt, der schon einmal vor Jahren auf Grund gefälschter Papiere eine Anstellung bei der Reichsbahn gefunden hatte und in St. Georgen, wo er beschäftigt wurde, durch gefälschte Schreiben den Dienstvorsitzer abgesetzt und sich selbst zum Bahnhofsvorsteher ernannt hatte. Er ist damals zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Feststellungen haben weiter ergeben, daß die Unterschrift auf dem Einladungs schreiben zur Besprechung der Frage, die der frühere badische Finanzminister Reinhold gegeben haben soll, gefälscht war und daß es dem Schwindler in der Hauptsache wohl auf die von ihm geforderte Anzahlung von 3000 Mark angekommen sein wird. Die Frechheit des Schwindlers ging sogar so weit, daß er den Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe und den Vorstand von Engen zu Mitgliedern eines für den Bahnbau gebildeten Komitees

ernannte. Auffallend war die Tatsache, daß weder die in erster Linie interessierten Städte Engen und Singen noch irgendwelche amtliche Stellen hinzugezogen worden waren.

Massenerkrankungen an Fleischoerzstung in Duisburg. Im Stadtteil Hochfeld in Duisburg sind etwa 40 Personen an Vergiftungserkrankungen erkrankt. Bis jetzt mußten acht Erkrankte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Vergiftungen sind auf den Genuß von Fleisch zurückzuführen.

Frau Professor Lenz, die Gattin des früheren Chefredakteurs der „Deutschen Allgemeinen“, ist im Ostseebad Swinemünde ertrunken. Sie wollte als gute Schwimmerin am letzten Tage ihres Badeaufenthalts weit in die See hinausschwimmen. Das ist ihr zum Verhängnis geworden.

Arbeitersport.

Schwimmverein „Vorwärts“, Berlin 97. Gruppe Süden: Die Badebecken der Gruppe Süden finden in diesem Winter wieder wie im vorangegangenen Jahre Mittwoch und Freitag statt, ebenfalls am Freitag, den 17. September. Mitglieder müssen mitgebracht werden.

RAUCHE NUR BATSCHARI

Als älteste führende
Cigarettenfabrik
Deutschlands
versagen wir uns eine
wortreiche Anpreisung
unserer Marken. —
Wir beschränken uns auf
die Nennung unseres
Sortiments.



SLEIPNER
seit jeher die begehrte 5 Pfg.-Cigarette.
TUFUMA 6 Pfg.
eine anerkannte Höchstleistung in ihrer Preislage.
MERCEDES 8 Pfg.
SENATOR 10 Pfg.
Die BATSCHARI KRONE
15 Pfg.

A BATSCHARI
CIGARETTENFABRIK A.G.

Die Perle.

Von Jack London.

2]

Der Windstoß traf den Pandangzweig zu ihren Häuptern und fauste durch die Palme, wobei er ein halbes Duzend reife Kokosnüsse mit dumpfem Schlag zu Boden schleuderte. Dann kam der Regen aus der Ferne, näherte sich brüllend wie ein Sturmwind und peitschte das Wasser der Lagune, daß es dampfte. Die ersten Tropfen rasselten scharf herab, und Raoul sprang auf.

„Tausend Chilidollar bar auf den Tisch, Rapuhl!“ sagte er. „Und für zweihundert Chilidollar Waren.“

„Ich will ein Haus haben —“ begann der andere.

„Rapuhl!“ schrie Raoul, um mit der Stimme durzubringen. „Du bist ein Vindoch!“

Er stürzte aus dem Hause und erkämpfte sich Seite an Seite mit dem Steuermann den Weg nach dem Strande. Sie konnten das Boot nicht sehen. Der tropische Regen überschüttete sie so, daß sie nur den Sand zu ihren Füßen und die kleinen Wellen, die nach dem Sande schnappten und bissen, sehen konnten. Ein Gesicht tauchte aus der Einsicht auf. Es war Huru-Huru, der Einarmige.

„Hast du die Perle bekommen?“ schrie er Raoul ins Ohr.

„Rapuhl ist ein Narr!“ schrie dieser zur Antwort, und im nächsten Augenblick hatten sie sich in dem herabstürzenden Wasser verloren.

Eine halbe Stunde später sah Huru-Huru, der auf der Seeseite des Klotz Ausguck hielt, wie die beiden Boote eingeholt wurden und die „Araoi“ ihren Bug seawärts wendete. Und nahe bei ihr sah er einen andern Schoner, auf den Schwingen des Sturmes hergetragen, sich schaukeln und ein Boot zu Wasser lassen. Er kannte ihn. Es war die „Drohena“, Eigentum Toriki's, des halbblütigen Kaufmanns, der seinen eigenen Superfargo machte und zweifellos selbst achtern im Boot stand. Huru-Huru lachte. Er wußte, daß Rapuhl Toriki noch Geld schuldet für Waren, die er im vorigen Jahre auf Kredit gekauft hatte.

Die Bø war vorüber. Die Sonne kramte heiß, und die Lagune glück wieder einem Spiegel. Aber die Luft war klebrig wie Schmelz, und ihr Gewicht lastete auf den Lungen und erschwerte das Atmen.

„Hast du die Neuigkeit gehört, Toriki?“ fragte Huru-Huru. „Rapuhl hat eine Perle gefunden. Noch nie hat man ihresgleichen gefischt, weder auf Hitiuru, noch auf allen Baumotuinfern, noch in der ganzen Welt. Rapuhl ist ein Narr. Uebrigens ist er dir Geld schuldig. Vergiß nicht, daß ich es dir zuerst erzählt habe. Hast du ein bißchen Tobak?“

Und zu Rapuhls Grashütte ging Toriki. Er war ein herrlicher, zudem ziemlich dummer Mensch. Unbekümmert warf er einen Blick auf die wunderbare Perle, einen einzigen Blick nur; und unbekümmert steckte er sie in die Tasche.

„Du hast Glück,“ sagte er. „Eine nette Perle. Ich räume dir einen Kredit in meinen Büchern ein.“

„Ich will ein Haus haben,“ begann Rapuhl bestürzt. „Es muß sechs Faden —“

„Erzähle das deiner Großmutter!“ war die Antwort des Händlers. „Du willst deine Schulden bezahlen, nicht wahr? Du warst mir zweihundert Chilidollar schuldig. Na, schön! Du schuldest mir nichts mehr. Die Rechnung ist beglichen. Außerdem räume ich dir einen Kredit von zweihundert Chili ein. Wenn ich nach Tahiti komme und die Perle verkaufe, so gebe ich dir noch für hundert Kredit. Das macht zusammen dreihundert. Aber wohlgemerkt: nur, wenn die Perle gut verkauft wird. Ich kann vielleicht sogar Geld dabei zusehen.“

Rapuhl kreuzte kummervoll die Arme und sah mit gebeugtem Haupte da. Die Perle war ihm gestohlen. Statt das Haus zu bekommen, hatte er eine Schuld bezahlt. Er hatte nichts Handgreifliches für die Perle erhalten.

„Du bist ein Narr,“ sagte Tesara.

„Du bist ein Narr,“ sagte Raoul, seine Rutter. „Warum hast du ihm die Perle in die Hand gegeben?“

„Was sollte ich machen?“ protestierte Rapuhl. „Ich schuldeste ihm das Geld. Er wußte, daß ich die Perle hatte. Ihr habt selbst gehört, daß er sie sehen wollte. Ich hob ihm nichts davon erzählt. Er wußte es. Jemandem hat es ihm erzählt. Und ich schuldeste ihm das Geld.“

„Rapuhl ist ein Narr,“ ästete Ngakura.

Sie war zwölf Jahre alt und wußte es nicht besser. Rapuhl erleichterte sein Herz, indem er ihr eine Backpeise gab, daß sie taumelte, während Tesara und Kauri in Tränen ausbrachen und fortzuführen, ihn nach Weiberart auszuschießen.

Huru-Huru, der Ausguck am Strande hielt, sah einen dritten Schoner, den er kannte, vor der Einfahrt schaukeln und ein Boot auslegen. Es war die „Hira“, die ihren Namen mit Recht trug, denn sie gehörte Leoy, einem deutschen Juden, dem größten Perlenhändler von allen, und „Hira“ war, wie bekannt, die tahitische Gottheit der Fischer und Diebe.

„Hast du die Neuigkeit gehört?“ fragte Huru-Huru, als Leoy, ein fetter Mann mit massigen, unregelmäßigen Zügen, den Strand betrat. „Rapuhl hat eine Perle gefunden. Noch nie hat man ihresgleichen gefischt, weder auf Hitiuru, noch auf allen Baumotuinfern, noch in der ganzen Welt. Rapuhl ist ein Narr. Er hat sie Toriki für vierhundert Chili verkauft — ich horchte draußen und hörte es. Toriki ist auch ein Narr. Du kannst sie ihm billig abkaufen. Vergiß nicht, daß ich es dir zuerst erzählt habe. Hast du ein bißchen Tobak?“

„Wo ist Toriki?“

„Er ist bei Kapitän Lynch und trinkt Absinth. Seit einer Stunde.“

Und während Leoy und Toriki Absinth tranken und um die Perle schacherten, hörte Huru-Huru und hörte schließlich, daß sie zu dem erstaunlichen Preise von fünfundsundzwanzigtausend Franken einig wurden.

Um diese Zeit näherten die „Drohena“ und die „Hira“ sich dem Strande und begannen wie wahnsinnig ihre Kanonen abzufeuern und zu signalisieren. Die drei Männer kamen gerade noch rechtzeitig heraus, um die beiden Schoner in aller Eile mit Großsegel und Klüwer von der Küste fort, direkt der Bø in die Zähne fahren zu lassen, die sie weit über das schäumende Wasser jagte. Dann verschwanden sie im Regen.

„Wenn's vorüber ist, kommen sie zurück,“ sagte Toriki.

„Draußen wären wir besser dran.“

„Ich vermute, daß das Glas noch weiter gefallen ist,“ sagte Kapitän Lynch.

Er war ein weißbärtiger Seebär, der jetzt zu alt für die See war und die Erfahrung gemacht hatte, daß Hitiuru die einzige Stelle

der Erde war, wo er auf gutem Fuße mit seinem Asthma leben konnte. Er ging hinein, um nach dem Barometer zu sehen.

„Großer Gott!“ hörten sie ihn ausrufen und stürzten hinein, um gemeinsam mit ihm auf das Zifferblatt zu starren, das jetzt neunundzwanzig, zwanzig zeigte.

Als sie diesmal herauskamen, prüften sie ängstlich Himmel und Meer. Die Bø war vorüber, aber der Himmel war und blieb bedeckt. Sie konnten die beiden Schoner unter vollen Segeln in Gesellschaft eines dritten zurückkommen sehen. Der Wind drehte sich und zwang sie, die Segel festzumachen, und fünf Minuten später packte eine plötzliche Bø aus der entgegengesetzten Richtung alle drei Schoner von hinten, und man konnte am Strande sehen, wie die Spieren brochen und weggerissen wurden. Die Brandung erklang laut, hoch und drohend, und eine schwere Dünung setzte ein. Ein furchtbares Blitzen erhellte den dunklen Tag, und der Donner rollte wild über ihnen.

Toriki und Leoy stürzten zu ihren Booten, der letztere wie ein gejagtes Nispeder wackelnd. Als ihre beiden Boote zur Einfahrt hinaussegelten, polterten sie das einkommende Boot der „Araoi“. Im Stern sah Raoul und spornete die Ruderer an. Außerstande, das Bild der Perle aus seinen Gedanken zu verdrängen, kehrte er zurück, um auf Rapuhls Preis, das Haus einzugehen. (Fortf. folgt.)

Jack Londons „Perle“ wird demnächst in der Volksausgabe seiner „Südeezgeschichten“ erscheinen, die die Büchergilde Gutenberg, Berlin, herausgibt. Ein Sonderdruck der „Perle“ wird für Werbezwecke vom gleichen Verlag in besonderer Ausstattung veranstaltet.

Der völkische Zerfall.



GRANAS

**Zu heftig hat es halt rosiert,
Das vielbeliebte Hafentreuz!
Zentrifugal rundum spediert
Sieht man im Land die Söhne Teuts.**

Don Miguel Hidalgo.

Der Kämpfer für Mexikos Freiheit.

Die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika konnte auf das benachbarte, seit dreihundert Jahren von den spanischen Biszefönigen ausgelegene Mexiko, nicht ohne nachwirkenden Einfluß bleiben. Seit der Landung der Cortes im Jahre 1519 trieben die Spanier zur Befriedigung ihrer habgierigen Zwecke Raubbau schlimmster Art im Lande, und das Haßgefühl gegen die lästigen Bedrücker ergriff von Jahr zu Jahr immer weitere Teile der Bevölkerung. Die Eroberung Spaniens durch Napoleon bildete den Auftakt zur Losreißung, und der Mann, der das Zeichen zum Aufstand gab, ist bis heutigen Tages der Held seines Vaterlandes geblieben: Don Miguel Hidalgo y Costilla, der Priester von Dolores.

Am 8. Mai 1753 auf einer Farm im Staate Guanajuato geboren, studierte er Theologie und war dann Pfarrer in dem Dorfe Dolores. Er besaß für die damalige Zeit ungewöhnliche Kenntnisse. Die Kultur des Weinstocks, die Zucht der Seidenraupe beschäftigte ihn vorzugsweise; außerdem hatte er eine Töpferei, Ziegelei und Gerberei sehr zum Vorteil der dortigen Gegend angelegt. Für seine Person anspruchslos und im Gegensatz zu anderen Geistlichen des Geldes wenig bedürftig, hatte er sich so die Liebe der Indianer erworben. Anfangs war er wenig den Ideen eines Aufstandes zugänglich, setzte sich aber später mit den Offizieren des in Guanajuato liegenden Bataillons in Verbindung, um dieses für sich zu gewinnen. Die heimliche Verschwörung wurde aber bekannt und die mit ihm befreundeten Leutnants stüchelten sich zu seiner Flucht. Es gelang Hidalgo, seinen Ruf den übrigen mitzuteilen. Zehn Personen harrt verließen die Verschwörer das Pfarrhaus und begaben sich nach dem Gefängnis, wo Hidalgo mit der Pistole in der Hand, den Aufseher zwang, die Gefangenen freizugeben. Diese schlossen sich ihm an und wurden mit Seitengewehren bewaffnet.

Es war ein Sonntag, der 15. September, und früher als gewöhnlich ließ Hidalgo zur Messe läuten. Die versammelten Kirchgänger waren bald seine Kampfgenossen, und die Zahl der Insurgenten erreichte in einigen Stunden bald die Dreihundert, an deren Spitze Hidalgo am gleichen Tage losmarschierte. Die Einwohner der benachbarten Dörfer, mit Waffen und Speichen ausgerüstet, folgten willig. Der Vormarsch ging unaußhaltbar vor sich. Das ganze Regiment der Königin hatte sich bald den Insurgenten angeschlossen, und am 28. September 1810 fiel Guanajuato den bereits 50 000 Mann starken Aufständischen in die Hand. Hier wurden eine Geschützerei und Ränge angelegt, um den ersten Erfolg weiter auszubauen. Die Regierung war indessen nicht untätig geblieben und von der Kirche wurde über Hidalgo ein Edikt erlassen, in dem die Exkommunikation ausgesprochen wurde. Die Empörer verfolgten feste Pläne mit bestimmten Zielen. Am 17. Oktober konnte Hidalgo bereits in Valladolid einziehen, wo er dem Schatz der Kathedrale 400 000 Pesos entnahm und den Titel „Generalissimus“ sich zulegte. Bald jedoch erfuhr das Kriegsglück eine Wendung, und am 7. November 1810 wurden die Insurgenten bei Tagesanbruch in der Nähe von Queretaro angegriffen und in die Flucht geschlagen; Hidalgos zusammengewürfelte Armee war wie ein Rauch verpuffen. Schnell verstand es jedoch Hidalgo, die Verbindung wiederherzustellen und in Guadalupe als Sammelpunkt den Heer der Revolution neu

zu entflanmen. Hier wurde eine Regierung, bestehend aus Hidalgo und zwei Ministern, eingesetzt und ein bestimmtes Programm veröffentlicht. Alle Befitzer von Sklaven wurden aufgefordert unter Androhung von Todesstrafen, ihre Sklaven in Freiheit zu setzen. Für diejenigen, die bisher die Tribuststeuer zu entrichten hatten, hörte diese Verpflichtung auf, ebenso wurde jede den Indianern aufgelegte Abgabe erlassen.

Dieses Manifest ließ Hidalgo in einer Unzahl von Exemplaren drucken und gründete zur Werbung von weiteren Anhängern sogar eine Zeitschrift unter dem Titel „Der Becker Amerikas“. Für den kommenden Kampf verstärkte er vor allem seine Hauptwaffe, die Artillerie, mit Geschützen aus der von ihm angelegten Geschützerei. Die Indianer hatten, tausend Hindernisse überwindend, solche vom Hafen San-Blas losgelassen in den Arnen über das Gebirge herbeigebracht. Das beschlagnahmte Vermögen der Aristokratie und geflüchteter Spanier ermöglichte die Finanzierung des Aufstandes.

Der 17. Januar 1811 sollte die Entscheidungsschlacht bringen. Die Brücke von Calderon in der Ebene von Guadalupe war der Brennpunkt. Das Schlachtenglück entschied gegen die Empörer. Ihre Waffen, Munition und Fähen blieben auf dem Kampfplatze, und das Heer löste sich in wilder Flucht auf. Hidalgo floh nach Aguas Calientes und beim Versuch auf nordamerikanisches Gebiet hinüberzutreten, wurde er von den Royalisten am 21. März eingeholt und gefangen. Am 23. April 1811 traf er unter sicherer Bedeckung in Chihuahua ein, wo der Prozeß gegen ihn sofort eingeleitet wurde. Seine Auslassungen über die ihm gestellten Fragen trugen das Gepräge gebrochenen Mutes. Am 29. Juni wurde die kirchliche Degradation vorgenommen, worauf das Kriegsgericht seine Erschießung befahl, mit der Bestimmung, durch die Brust, nicht durch den Rücken zu schießen, und den durch priesterliche Salbungen unverletzten Kopf zu schonen. Mit Festigkeit vernahm er das Urteil und die Exekution fand am 1. August 1811 vor Sonnenaufgang statt. Aber der Tod schien die sechzig Lebensjahre dieses Mannes nur mit Widerstreben anzunehmen. Die erste Salve verriet seine rechte Hand. Erst die dritte aus unmittelbarer Nähe abgefeuerte Ladung machte seinen Qualen ein Ende. So starb der erste der gegen die spanische Unterdrückung kämpfende Revolutionär Don Miguel Hidalgo y Costilla. Sein Haupt wurde mit anderen in Eisenföden zur Schau gestellt, sein Körper im Beerdigungsgewölbe der Krankestaner zu Chihuahua niedergelegt. Seine irdischen Reste und die seiner Gefährten wurden später dann im Jahre 1824 unter großer Feierlichkeit unter dem Altar der „Könige“, in der ehemals für die Biszefönige, später für die Präsidenten der Republik bestimmten Gruft beigesetzt.

Der Aufstand des Hidalgo, von Morelos in hervorragendem Feldherrntale bis zu seinem Tode im Jahre 1815 fortgesetzt, brachte Mexiko nicht den ersehnten Tag der Unabhängigkeit. Erst zehn Jahre später, als sich Iturbide und Guerrero dem letzten spanischen Biszefönige O'Donoghue entgegenstellten, leuderte die Sonne der Freiheit über das Land. In dankbarer Erinnerung an ihren ersten Unabhängigkeitskämpfer erklärte die Nationalversammlung den 15. September für alle Zeiten zum Nationalfeiertag.

Der Typhus, seine Gefahren und seine Verhütung.

Das starke Anwachsen der Typhusepidemie in Hannover richtet die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese furchtbare Krankheit. Es sind Gründe genug vorhanden, die zur Vorsicht mahnen, denn der Typhus ist eine Infektionskrankheit, die sich oft genug erst nach Wochen der Anstetung bemerkbar macht. Im allgemeinen nimmt man an, daß die Anstetungsursache in dem Genuß von rohem Obst, rohem Wasser oder roher Milch besteht und meistens werden auch in der von der Krankheit befallenen Gegend die Typhusbazillen im Wasser gefunden. Eine sehr große Gefahr für die Verbreitung des Typhus besteht aber auch in der großen Anstetungsmöglichkeit, die in dem Stuhlgang Typhustranker zu suchen ist, denn die Typhusbazillen erhalten sich sehr lange, sowohl in den Abortanlagen als auch im Trinkwasser lebendig. Eine dritte Gefahr besteht endlich in den Personen, die, ohne selbst der Krankheit zu verfallen, doch Krankheitsträger sind. Es ist sehr oft festgestellt worden, daß sich in dem Stuhlgang von anscheinend gesunden Personen Typhusbazillen befinden. Diese Personen bedeuten die größte Gefahr, denn sie geraten nicht in Verdacht, Krankheitsträger zu sein, und es bleibt erst dem Zufall vorbehalten, in diesen anscheinend gesunden Menschen die Krankheitsträger zu ermitteln.

Bei derartigen Epidemien ist es jedenfalls ratsam, auch in den vom Typhus nicht befallenen Gebieten mit dem Genuß von rohem Wasser und roher Milch vorsichtig zu sein wie überhaupt peinlichst auf Sauberkeit zu achten. In den Großstädten sind ja die Anstetungsgefahren, die von den Abwasseranlagen kommen, nicht so groß, wie in der Kleinstadt, wo die Kanalisation fehlt. Aber, wie das Beispiel von Hannover zeigt, ist auch oft genug nicht nur das Ausbrechen einer Epidemie möglich, sondern auch das Anwachsen zu ungewöhnlicher Größe. Zur Verhütung des Typhus ist es notwendig, daß die vom Typhus befallenen Kranken isoliert, ihre Wäsche und die Auswurfstoffe desinfiziert werden. Auch eine Schutzimpfung gegen Typhus gilt im allgemeinen als nützlich. Sie dürfte allerdings nur in den vom Typhus befallenen Gegenden anzuwenden sein.

Beginn und Verlauf der Typhuserkrankung erfolgt unter so mannigfaltigen und veränderlichen Umständen, daß nur der Arzt die Krankheit erkennen kann. Sehr oft ist auch eine Untersuchung der Blutflüssigkeit zur endgültigen Feststellung der Krankheit notwendig. Es braucht nicht noch besonders erwähnt zu werden, daß der Typhustranke genau nach den Vorschriften des Arztes sich zu richten hat, denn kein Kranter wird ohne ärztliche Behandlung bleiben. Jedermann weiß, daß der Typhus eine gefährliche Krankheit ist, die nicht nur während des Verlaufes einen lebensbedrohenden Charakter annehmen kann, sondern auch durch Nachkrankheiten, die sich an den Typhus anschließen, die Gesundheit erschüttern und sogar völlig untergraben kann. Erstreckt erweicht ist die Epidemie in Hannover leicht zu nehmen, da die Anzahl der Todesfälle verhältnismäßig sehr gering ist. Früher gab es bei Typhus eine Sterblichkeit von 25 Proz., die allmählich durch sachgemäße Behandlung auf 10 Proz. herabgedrückt wurde. Die Sterblichkeitsziffer in Hannover würde einen Prozentsatz von kaum 2 Proz. bedeuten, also ein Zeichen dafür sein, daß die Epidemie nur sehr leicht auftritt. Es ist also ein Grund zur Beforgnis in den weiteren deutschen Gebieten gemäß nicht vorhanden, aber noch viel weniger eine Ursache, die Vorsichtsmaßnahmen außer acht zu lassen; im Gegenteil, Vorbeugungsmaßnahmen bedeuten hier fast so viel wie Heilung.

Das Olympia der Holzfüßer. Ein merkwürdiger Wettbewerb ist dieser Tage in England abgehalten worden: die erste nationale Holzfüßer-Konkurrenz, die in dem Chepwell-Walde in der Grafschaft Durham stattfand. Die Teilnehmer waren aus allen Teilen Englands herbeigekommen, und die Bäume waren sehr sorgfältig ausgewählt, so daß sie ungefähr die gleichen Bedingungen darbieten. Jeder Baum hatte ungefähr einen Stamm von 40 Fuß Länge und von sechs Fuß Durchmesser am Boden; sie waren alle glatt wie Telegraphenstangen. Die Wettbewerber durften erst eine bestimmte Zeit mit der Säge arbeiten und mußten dann die Hauptarbeit mit der Axt vollbringen. Von den Preisrichtern wurde sowohl die Zeit des Sägens als auch die dabei an den Tag gelegte Geschicklichkeit verurteilt. Die meisten der Männer waren schlanke, hohe Gestalten; keiner sprach mit dem anderen während der Arbeit, und die Schläge erfolgten mit automatischer Regelmäßigkeit. Eine große Menge mochte diesem Olympia der Holzfüßer bei.

Die Angst vor der Sozialisierung.

Oder: Der Großhandel als Lehrmeister.

In Düsseldorf begann am Dienstag die Jahrestagung des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels. In der vertraulichen Sitzung des Zentralausschusses dieses Verbandes sprach Prof. Hensel-Bonn über den Finanzausgleich. Die Entschleunigung, die zur Annahme gelangte, verlangt erhöhte Sparsamkeit, besonders bei den Gemeinden, Einführung von Zuschlägen in begrenzter Höhe, aber Heranziehung des Existenzminimums zur Steuer und Erleichterungen bei der Gewerbesteuer und die Befreiung der Hauszinssteuer für gewerblich genutzte Gebäude. Das ganze Programm ist also auf eine wesentliche Entlastung des Besitzes zugeschnitten.

In einem Referat nahm dann Geheimrat Regierungsrat Dr. Fischer Stellung zu der Frage der sogenannten „kalten Sozialisierung“. Es ist zu verstehen, wenn das Unternehmertum allerorts sich über das Vordringen von Gemein- und Staat in die Wirtschaft erregt, nachdem die „warme“ Sozialisierung, die gefehlte Enteignung, ihm so wenig Sorge bereitet hat. Immerhin hätte man doch eine sachliche Behandlung dieser Frage erwarten können. Der Referent schlug nun eine Reihe von Grundfragen zur Bekämpfung der kalten Sozialisierung vor. Da heißt es zunächst:

Da Deutschlands Wirtschaft nach ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrem Aufbau in der Hauptsache Privatwirtschaft ist, dürfen öffentliche Körperschaften zur Erzielung von Einnahmen Privatbetriebe weder errichten oder übernehmen, noch sich an ihnen beteiligen. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn etwa die Privatwirtschaft zur ordnungsmäßigen Erfüllung bestimmter Aufgaben nicht imstande sein sollte.

Die Begründung ist schon belustigend genug: Wenn Deutschlands Wirtschaft in der Hauptsache Privatwirtschaft ist, mußte man doch mindestens fragen, ob diese Privatwirtschaft ihre Funktion auch versteht. Die über 15 000 Konturke in der Zeit Juli 1925 bis Juni 1926 lassen da doch einige Zweifel entstehen!

Nun ist aber der Zentralverband des Großhandels so freundlich, auch Ausnahmen anzuerkennen. Der Staat darf wirtschaftlich tätig sein da, wo das Privatekapital versagt. Indem es versagt, zeigt es doch, daß es diesem großen Problem nicht gewachsen ist. Also sollte es — so müßte man meinen, — dann wenigstens den Staat gewähren lassen und ihm nicht in ein Handwerk hineinspucken, für das das Kapital sich selbst als zu unbegabt erweist hat. Weit gefehlt! Was der Privatunternehmer nicht selbst zu leisten vermag, darüber kann er wenigstens anderen Vorschriften nachhaken. Daher fahren diese „Grundfragen“ fort:

Die Begründung ist schon belustigend genug: Wenn Deutschlands Wirtschaft in der Hauptsache Privatwirtschaft ist, mußte man doch mindestens fragen, ob diese Privatwirtschaft ihre Funktion auch versteht. Die über 15 000 Konturke in der Zeit Juli 1925 bis Juni 1926 lassen da doch einige Zweifel entstehen!

Nun ist aber der Zentralverband des Großhandels so freundlich, auch Ausnahmen anzuerkennen. Der Staat darf wirtschaftlich tätig sein da, wo das Privatekapital versagt. Indem es versagt, zeigt es doch, daß es diesem großen Problem nicht gewachsen ist. Also sollte es — so müßte man meinen, — dann wenigstens den Staat gewähren lassen und ihm nicht in ein Handwerk hineinspucken, für das das Kapital sich selbst als zu unbegabt erweist hat. Weit gefehlt! Was der Privatunternehmer nicht selbst zu leisten vermag, darüber kann er wenigstens anderen Vorschriften nachhaken. Daher fahren diese „Grundfragen“ fort:

Die Begründung ist schon belustigend genug: Wenn Deutschlands Wirtschaft in der Hauptsache Privatwirtschaft ist, mußte man doch mindestens fragen, ob diese Privatwirtschaft ihre Funktion auch versteht. Die über 15 000 Konturke in der Zeit Juli 1925 bis Juni 1926 lassen da doch einige Zweifel entstehen!

größten Wirtschaftserfolg für die Gesamtheit des Volkes verlangen. Diese sozialistische Wirtschaftsgegnung wird nun als Vorbedingung für das Gelingen jeder Sozialisierung angesehen müssen. Lehnt man sie als „Parteiopinion“ ab, so verurteilt man die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand von vornherein zur Erfolglosigkeit — worauf das Privatekapital dann sehr stolz sein würde.

Schließlich verlangt der Großhandel, die öffentlichen Betriebe dürften weder auf steuerlichem Gebiete, noch bei der Finanzierung und Kapitalbeschaffung bevorzugt werden. Mit anderen Worten: in allen geschäftlichen Dingen sollten die öffentlichen Werke vom Privatekapital abhängig gemacht werden, sie sollen sich von den privaten Banken zu hohe Zinsen, von den Behörden selbst jede Benachteiligung gefallen lassen dürfen, ohne daß jemand meckern darf. Das könnte dem Privatekapital so passen. Und wenn es schließlich heißt: insbesondere dürfe durch die Wirtschaftsbeeinträchtigung der öffentlichen Hand keine Monopolstellung auf wirtschaftlichem Gebiete eintreten, so wundert man sich nur noch, warum nicht gleich die Abschaffung des Eisenbahn- und Postmonopols gefordert wird, das ja tatsächlich besteht, weil eben das Privatekapital diese Aufgaben nicht erfüllen kann.

Warum diese ausführliche Würdigung der Entschleunigung des Großhandels? — Weil sie beweist, wie verlogen die Beweisführung der Unternehmer gegen die Gemeinwirtschaftstätigkeit des Staates und der Gemeinden ist, und wie wenig man sich dabei nach den Ratsschlüssen derer richten darf, die um jeden Preis jede gemeinwirtschaftliche Betätigung bekämpfen. Die Arbeiterschaft wird sicherlich nicht müde werden, der Gemeinwirtschaft auf allen Gebieten den Boden zu bereiten und sie dort, wo die Verhältnisse dazu reif sind, auch gegen Widerstände durchzusetzen. Unternehmer, die mit so fadenscheinigen Gründen den Privatprofit gegen die Gemeinwirtschaft verteidigen, werden damit ihre Position durchaus nicht stärken, sondern nur den Beweis erbringen, daß sie den Problemen der modernen Wirtschaft verständnislos gegenüber stehen.

Nichts hinzugelehrt!

Dr. Solmsen gegen Aktienrechtsreform.

Auf dem Juristentag in Köln hielt der Geschäftsführer der Diskontogesellschaft Berlin Dr. Solmsen ein großes Referat über die Reform des Aktienrechts, dessen ganzer Inhalt sich in den einen Satz zusammenfassen läßt, daß unsere Bankiers kein Interesse daran haben, die in Krise und Inflation zerfallende Demokratie im Aktienwesen wiederherzustellen. Diese Haltung des Direktors Solmsen ist um so auffälliger, als in den letzten Monaten die Schäden des bisherigen Aktienrechts sich deutlich gezeigt haben. Von einer Mitbestimmung der Aktionäre kann vielfach überhaupt nicht mehr die Rede sein, weil mehrstimmige Vorzugsaktien die Verfügung über den Geschäftsbetrieb und über die Gewinnverteilung einer kleinen Gruppe vorbehalten. Ja, Herr Dr. Solmsen will die Verfügungsgewalt kleiner Nachgruppen noch verstärken, indem er einer einzelnen Generalversammlung das Recht geben will, durch die Eintragung einer Option auf etwa später stattfindende Kapitalerhöhungen der herrschenden Gruppe auf fünf Jahre hinaus die Aktienmehrheit ohne jedes Risiko zu sichern. Die zufällige Herrschaft der Kapitalmagnaten würde nach seinen Vorschlägen verewigt. Im deutschen Finanzkapital, das offenbar bei den bisherigen Mißbräuchen recht gut gefahren ist, besteht ein Interesse an einer Neuorientierung nicht. Und Herr Solmsen begründete sogar die Beschneidung der Rechte der Kleinaktionäre damit, daß er erklärte, wenn jemand eine Aktie kauft, dann habe er noch lange nicht die Fähigkeit, in dem Unternehmen mitzureden! Voraus der Rundfrage entnehmen kann, daß die Fähigkeit erst dann beginnt, wenn einer genug Geld hat, um sich die Aktienmehrheit eines Unternehmens zu erwerben und sich dann auf Jahre und Jahrzehnte hinaus mit Vorzugsaktien und Optionsrechten diese Mehrheit zu erhalten. Es blieb einem Bankier aus dem Jahre 1926 vorbehalten, so die Fähigkeit eines Menschen nach Millionen Mark abzuschätzen. Es wäre noch interessant zu hören, bei wieviel Millionen Mark nach der Ansicht eines deutschen Bankiers der durchschnittliche Intelligenzgrad beginnt und ob es nicht eine Frechheit ist, daß es noch Leute gibt, die ohne Geld sich eine gewisse Industrielkenntnis dank praktischer Arbeit und wissenschaftlicher Studien aneignen.

Es gelang Dr. Solmsen, die Mehrheit des Juristentages auf seine Seite zu ziehen, so daß die Vorschläge für eine raschere Reform des Aktienrechts der Ablehnung verfielen. Die Gegenreferenten Justizrat Dr. Albert Pinner und Dr. Ernst Heymann wurden überstimmt. So muß man damit rechnen, daß die schöne Errungenschaft der Inflation, die Stimmrechtsaktie, noch weiter aufrechterhalten bleibt und dazu beiträgt, die Verfügungsgewalt großer Konzerne in den Händen einiger Kapitaloligarchen zu konzentrieren, die niemandem gegenüber verantwortlich sind.

Aus Preußens Elektrowirtschaft.

Günstige Lage der Braunkohlenindustrie u. a. Zukunft.

Anfang dieses Jahres hat der preussische Staat die Dreiviertelmehrheit der Braunkohlenindustrie u. a. Zukunft in Weisweiler erworben. Der Erwerb dieser großen Kohlen- und Kraftwerke wurde natürlich von der Unternehmerpresse wiederum als Akt der „kalten Sozialisierung“ bezeichnet. Ähnlich wie der Erwerb des Aktienpakets des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks war der der Zukunftsaktien für die Verstärkung des Staatsinflusses auf die rheinische Kraftversorgung und für die Abrundung der Kohlengrundlage notwendig. Bald darauf erwarb die Braunkohlenindustrie u. a. selbst vom Sächsischen noch 878 Ruzer der Gewerkschaft Düren (geschätzt auf 40 Millionen Tonnen Kohlenbraunkohle), so daß bei der „Zukunft“ jetzt eine Gesamtbeteiligung von 810 000 Tonnen verbürgt ist.

Die Entwicklung der Gesellschaft bis zum 31. März 1926 war recht günstig, auch gegenüber dem Vorjahr, nachdem das Jahr 1925/26 infolge der Ruhrbesetzung sehr schlechte Produktionsziffern aufwies:

	1925/26	1924/25	1923/24
Kohlenförderung	1 975 861	1 508 409	664 965 Tonnen
Stromerzeugung	407 515	807 195	97 100
	140 949 200	119 916 000	72 815 300 K. W. St.

Die Gewinnrechnung zeigt eine Steigerung des Betriebsüberschusses von 2,47 auf 3,06 Millionen, der Unkosten von 0,70 auf 0,94 Millionen, der Abschreibungen von 0,46 auf 0,64 Millionen und des Reingewinns von 1,31 auf 1,49 Millionen M. In der Bilanz sind beträchtliche Zugänge durch Ausbauten auf fast allen Anlogetonten sichtbar, die aber durch die verstärkten Abschreibungen aufgehoben werden. Neu ist der Posten „im Bau begriffene Anlagen“ mit 1,28 Mill. M. Der Posten „dauernde Beteiligungen“ ist durch die Dürener Ruzer und Zukäufe zu den Beteiligungen an den Gewerkschaften Maria Teresa und Gewerkschaft Lütcherberg von 7,95 auf 9,40 Millionen erhöht. Die Ausbauten und Zukäufe dürften nur zum geringeren Teil aus laufenden Einnahmen erfolgt sein, wie sich aus der Erhöhung der Gläubiger von 2,55 auf 5,35 Millionen ergibt, hinter der die Erhöhung der Forderungen von 4,40 auf 5 Millionen zurückbleibt. — Aus dem Reingewinn ist eine Dividende von 10 Proz. auf 12,5 Millionen Stammaktien möglich. Die Belegschaftsziffer vom August 1925, 137 Beamte und 1037 Arbeiter, dürfte inzwischen überholt sein.

Eine besondere Freude kann die Öffentlichkeit an der Aufmachung des Geschäftsberichts dieses zu dreiviertel in Staatsbesitz befindlichen Wertes nicht haben. Der Bericht wird mit 20 Seiten abgetan. Die Gewinnrechnung ist äußerst dürftig. Belegschafts- und Arbeitsverhältnisse, Auswirkung der Wirtschafts- und Stromabsatzfrage werden überhaupt nicht berührt. Preußen wird es sich doch überlegen müssen, was es bisher scheinbar aus zarter Rücksichtnahme auf das Privatekapital unterlassen hat, Aufsichtsrat und Vorstand nach der Größe seines Einflusses zu beschneiden. Ein privatekapitalistischer Majoritätsbesitzer würde wohl kaum so zurückhaltend wie der Staat Preußen in diesem Falle vorgegangen sein.

Der Arbeitsmarkt in der zweiten Septemberwoche.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im allgemeinen wenig verändert. Als vielfach günstig kann die Lage im Spinnstoffgewerbe, in der chemischen Industrie und im Friseurgewerbe bezeichnet werden. Auch das Befeldigungsgewerbe zeigt leichte Besserungserscheinungen, doch sind die Zahlen der Erwerbslosen immer noch recht hoch. Die Lage in der Metallwaren- und Maschinenindustrie ist überwiegend ungünstig, nur für den Automobilbau sowie die Herstellung und Ausbesserung landwirtschaftlicher Maschinen ist die Lage besser.

Die Beendigung der Ernte führte in der Landwirtschaft zu einer teilweisen Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Der Bedarf für die Feldfrüchte ist noch sehr ungleich. Die Situation im Ruhrerbau läßt eine Besserung erkennen. Trotz alledem muß vor der Zuwanderung in das rheinisch-westfälische Industriegebiet zwecks Arbeitsuche nach wie vor gewarnt werden. Allgemein be-

Achtung: Wir präsentieren Josetti Cigaretten!

KON LINDON

riedigend ist die Lage des Braunkohlenbergbaus. Sehr ungleich ist der Stand der Bautätigkeit und die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in den einzelnen Bezirken. Erhöhten Anforderungen standen auf der anderen Seite erhöhte Entlastungen gegenüber. An verschiedenen Stellen hatte das Tiefbaugewerbe größeren Bedarf. Wesentliche Veränderungen der allgemeinen Lage sind in der Industrie der Steine und Erden nicht eingetreten. Bei den Ziegeleien macht sich das Saisonende bemerkbar. Im ganzen herrscht noch überwiegend befriedigende, teilweise gute Beschäftigung. Allgemein ungünstig blieb immer noch die Lage im Metallgewerbe. Die beliebte Nachfrage nach Facharbeitern wird durch das Ueberangebot immer noch übertrifft. Maschinenfabriken sind teilweise gut beschäftigt, namentlich der Automobil- und Fahrradbau im Brandenburgischen. Die Besserung in der Papierindustrie hat erfreulicherweise angehalten, während das Leder-, Holz- und Schnitstoffgewerbe trotz einiger Besserungen ungünstig beschäftigt blieb. Der Ausgang der Saison wirkt sich im Bau- und Schanftwirtschaftsgewerbe nachteilig aus.

Die Ruhlandausträge und ihre Finanzierung. Die Austräge, die Sowjetrußland auf Grund der Exportgarantie des Deutschen Reiches an deutsche Privatbanken erteilt hat, mehren sich außerordentlich. Jetzt hat die Badische Elektrizitätsgesellschaft Brown,

Boveri u. Co. einen Auftrag im Werte von ungefähr 5 Millionen Mark erhalten, und zwar zur Lieferung von Turbogeneratoren mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 107 000 Kilowatt. Ueberhaupt verlangt Rußland vorwiegend solche Waren, die sich auf sogenannte schwere Installationen beziehen, also Fabrikanlagen, Wertmaschinen u. dgl. Infolgedessen und infolge der Zunahme der Aufträge in letzter Zeit, nämlich seit der Verständigung mit den deutschen Elektrogroßunternehmungen, reichen bereits die von den Banken bereitgestellten 120 Millionen Mark Kredite nicht mehr aus und man rechnet damit, daß in kurzer Zeit dieser Betrag um weitere 30 Millionen Mark erhöht werden muß.

Mannesmann-Mulag das halbe Kapital verloren. Die Hauptgesellschaft des Mannesmannkonzerns, die Mannesmann-Mulag Motoren- und Lastwagen A.G. in Kachen, macht Mitteilung vom Verlust der Hälfte ihres 5 Mill. Aktienkapitals. Ihr Vorstand beantragt in der zum 1. Oktober einberufenen Generalversammlung die Zusammenlegung des Aktienkapitals auf 1/2 (250 000 M.) und die entschädigungslose Einziehung der Borgzussantien. Ferner soll eine Wiedererhöhung des Kapitals von 250 000 M. auf 2,35 Mill. beschlossen werden. — Die ungünstige Lage der Mulag war bekannt. Ihre Sanierung war keineswegs der Grund, wohl aber sicher das Ziel des Mannesmannkonzerns, als er beim Reiche die bekannte

6-Millionengarantie durchsetzte, wobei der Marokkobeist der Gebr. Mannesmann eine so große Rolle spielte. Um so überraschender ist die jetzige Meldung und vor allem die außerordentliche scharfe Zusammenlegung des Kapitals, die auf neue Verluste und große Sanierungsschwierigkeiten schließen läßt. Auch für die Börse kommt die Zusammenlegung überraschend, da noch in den letzten Tagen ein Kurs von 17 bis 12 Proz. gezahlt wurde.

Deutsch-belgisch-holländische Drahtkonvention. Zwischen deutschen und belgischen Verbänden der Drahtindustrie ist seit längerer Zeit ein Abkommen in Geltung, das die gegenseitige Konkurrenz weitgehend ausschaltet. Wie jetzt entgegen anderen Mitteilungen betont wird, funktioniert diese Konvention recht gut. Kürzlich ist sogar auch mit den holländischen Drahtwerken eine Verständigung erzielt worden, die ein gegenseitiges Dumping am Drahtmarkt ausschließt.

Eine deutsche Tochtergesellschaft zur Bewertung einer dänischen Kunstmilchherfindung. Die neugegründete Dänische Vitamin-Kompagnie, die zur Ausnutzung einer Kunstmilchherfindung gegründet wurde, hat eine Tochtergesellschaft zur Bewertung der Erfindung in Deutschland ins Leben gerufen, nämlich die Deutsche Vitamin-Kunstmilch-Kompagnie. Das Aktienkapital beträgt eine halbe Million Kronen.

Extra-Angebote

LEHMANN
STIEGLITZ

SCHUHNFACHHOF

Berlin W.9, Linkstr.11 ♦ Charl. Wilmersdorferstr.117 ♦ Spandau, Breitestr.22

Wir verkaufen dieser Tage eine Anzahl Damen-, Herren- und Kinder-Artikel, darunter ganz erstklassige Fabrikate, zu Extra-Preisen.

Die Ware liegt in unseren Verkaufsräumen zur Besichtigung und Auswahl auf Tischen aus.

Nützen Sie diese selten günstige Gelegenheit. — Besichtigen Sie unsere Schaufenster.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: Lust. Welher
von Windsor
Schauspielhaus
8 Uhr: Amphitryon
Schiller-Theater
8 Uhr: Fahrt nach
der Südküste

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Fledermaus
Abonn.-Tours III

Deutsches Theater
Norden 10334-35
8 Uhr:
Androklos
und der Löwe
Von Bernard Shaw
Regie: Erich Engel

Kammerspiele
Norden 10334-35
8 Uhr:
Und Pippa
tanzt ...
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Heinz Hilpert

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Die Stecknadel
im Heuwagen

Volksbühne
Theater am Blüchplatz
8 Uhr:
Judith
Morgen 8 Uhr:
Der deutsche Michel

Neues Theater am Zoo
8 1/2 Uhr: „Ich hab Dich lieb“
Park 1-5 N. Szenen 5 N. Herk. szenische. Stpl. 3371

Apollotheater
Friedrichstr. 216
Täglich 8 Uhr:
Hartstein
Der Stolz der Kompagnie.
Lachstürme! Lachstürme!
Vorher:
Das gr. Spezialitäten-Programm

Wintergarten
Lola Menzeli
das unerreichte Tanzphänomen
im Rahmen des
großen
!September-Spielplans!
Friedenspreise! Rauchen gestattet!
Sonntags 30. Ermäßigte Preise!

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.



und doch
sehr gut!
Scherif: flach • Gold
feste Packung
Kibari: dick • rund
ohne Mundstück

Charell-Revue

Das überwältigende Starsensemble:
Alma Harnas / Erika Glöckler / Claire
Waldoff / Wilhelm Bendow / Curt
Bels / Louis Douglas / Hans
Waldmann / Marion Patti
150 deutsche Girls 150
400 Mitwirkende

Mund zu Mund
Bernard
Ella's Jazz-
Symphonie-Orch.
43 Solisten
Gute Sitzplätze 1. Größen
u. schönsten Theater Deutsch-
lands von 1 M. an.
Sonntag nachm. 3 Uhr ungek. Vorstellung zu erm. Preisen
GRÖSSES SCHAUSPIELHAUS

Casino-Theater
8 1/2 Uhr:
Was Liebe vermag
Vorher: Bunter Teil
Gutschein 1-4 Pers.
Bei Vorzeigung der
Annonce zahlen Sie
Park u. Balkon 1 M.
Loge u. Sessel 1.50

Theater a. Kothl. Tor
Käufner Str. 6
Täglich 8 Uhr:
**Wiederent-
trotten der
Eitel-
sänger**
mit Schönen
Ensemble
in ihren unvor-
erwarteten Bestim-
mungen.
Freie 40 St. bis 2.50
Sonntag, 5. u. Erste
Nachmitt.-Vorstellung
an ermäß. Preisen in
Kothl. Tor, Kothl. Tor.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Philharmonie
8 Uhr:
Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig.: Prof. Prüwer

Theater im Admiralspalast
Reseneriol
Kaller-Revue
An u. Aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf unabh.

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Lessing-Theater
8 Uhr:
Gromwell

Romische Oper

Dirktion:
Hanns Otto Bögen
Der große
Operationserfolg

Adrienne
Allabendlich 8 Uhr

CIRCUS BUSCH

ERÖFFNET
Der Vorverkauf hat begonnen!
Ab 10 Uhr ununterbrochen!

SONNABEND, DEN 10. SEPT. UHR

Reichshallen-Theater

Abendlich 8 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sängler
Singende Bäume

Nachmittags halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brettl'
(Sinf. u. Orf.) • Variété • Konzert • Tanz



Hört, Ihr Frau'n, und laßt
Euch sagen... Nach
Ozonil müßt Ihr stets fragen!
OZONIL

stellt auf dem Gebiet der selbst-
tätigen Waschmittel eine Son-
derklasse dar. Besser, mühe-
loser und schonender als
bisher wird die Wäsche
mit Ozonil selbst-
tätig gereinigt.



Ischias

Rheuma, Reiben, Neural-
gien,
Hirnschmerz, Heilung nachweisl. durch
das amerik. erfolgreichste, von
maßgebenden ärztlichen Autoritäten
erstklassig begutachtete und bevor-
zugte Heilverfahren. 10 - 12, 4 - 7,
Sonntags 10-12.
Leffmann, Genthiner Str. 14.

la. Eiderfettkase
9 Pfd. M. 6,- frko.
Dampfkäsefabrik
Reudersburg.

SONDERZUG
3 St. 1. Kl. 1/2, 1. Kl. 4.50
2. Kl. 3.00, 3. Kl. 2.00
3. Kl. 1.50, 4. Kl. 1.00
ab hier Nachnahme
Normanna,
Nortorf (Holst.) 102

